

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Ausstellung „Eyes wide open“ siehe auch S.9

- **NRW-Landesregierung forciert den Verlust tausender Staatsbürgerschaften – Seite 4**
- **US-Kriegsdienstverweigerer in Darmstadt zu 7 Monaten Haft verurteilt wg. Befehlsverweigerung – Seite 8**
- **Bericht von Europas größtem Schülerkongress basis '05 – Seite 12**
- **Kritische AktionärInnen: Schattenbericht 2005 zu Daimler-Chrysler – Seite 15**
- **Offene Flanke bei Antifaaktionen – Seite 17**
- **Kurdistan-solidarität: Reisebericht der Newroz-Delegation 2005 – Seite 20**

Ausgabe Nr. 7 am 7. April 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Landtagswahl NRW: WASG kandidiert überall, PDS verfehlt einige Wahlkreise

Am 4. April endete die Frist für die Abgabe von Unterstützungsunterschriften für die Kandidatur von nicht im Landtag von NRW vertretenen Parteien zur Wahl am 22. Mai.

Die SPD-Abspaltung WASG teilt mit, dass sie in allen 128 Wahlkreisen zur NRW-Landtagswahl antritt. Die für die Teilnahme an der Wahl notwendigen Unterschriften seien weit übertroffen worden. Insgesamt habe die WASG landesweit über 20.000 Unterschriften gesammelt. Durchschnittlich 140 Unterschriften je Direktkandidat pro Wahlkreis (statt der erforderlichen 100), sowie 2500 Unterschriften für die Landesreserveliste (statt der erforderlichen 1000). „Die große Resonanz beim Sammeln der unterstützenden Unterschriften für die WASG beweist“, so Hüseyin Aydin, Sprecher des WASG-Landesvorstandes NRW, in einer ersten Bilanz, „dass wir unser erklärtes Ziel – fünf Prozent plus x – und damit den Einzug in den Landtag, schaffen.“

Die PDS dagegen kann nicht in allen Wahlkreisen kandidieren. Die PDS erklärt dazu:

Die PDS NRW hat die erste Phase des Wahlkampfes mit Erfolg abgeschlossen: Die Partei tritt in 114 von 128 Wahlkreisen bei der Landtagswahl am 22. Mai an. Damit ist die PDS von ca. 90% der Bürgerinnen und Bürger des Landes wählbar. Über 15.000 Unterschriften wurden zur Erreichung dieses Zieles gesammelt. Die Partei ist vor allem in den größeren Städten des Landes aktiv und wird – gestützt auf ihre dortige kommunale Verankerung – einen engagierten Wahlkampf führen. Dass die PDS in ländlich geprägten Regionen bisher kaum verankert ist, ist kein Geheimnis. Dennoch konnte erreicht werden, dass wir in fast allen Landkreisen kandidieren können und neue Kreisverbände gegründet wurden. Am 22. Mai geht es um Protest und um konkrete soziale Alternativen. Dafür steht die PDS.“

Telefonüberwachungen erneut stark angestiegen

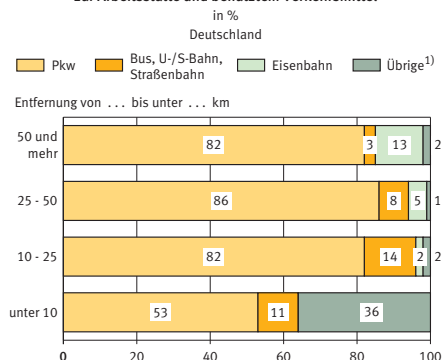
BA Datenschutz, 31.3. scc Nach Auskunft des Bundesbeauftragten für den Datenschutz wurde die Telefonüberwachung auch 2004 erneut stark ausgeweitet: Über 29.000-mal wurden Telefonüberwachungen nach §§ 100a und b angeordnet. Im Vergleich: 1995 gab es 4.674 Anordnungen, seit stieg die Zahl kontinuierlich. Der Datenschutzbeauftragte hält die Novellierung der Strafprozessordnung für dringend erforderlich. Sein Forderungskatalog wirft ein Schlaglicht auf die offensichtlich gän-

gige Überwachungspraxis: Der Umfang des seit Einführung der Vorschrift regelmäßig erweiterten Straftatenkatalog müsse überprüft werden, um die Überwachungen auf schwere Straftaten zu begrenzen; der gesetzliche Richtervorbehalt dürfe nicht ausgeweitet werden; die Strafverfolgungsbehörden müssten zu detaillierten Berichten verpflichtet werden; die Benachrichtigung der Betroffenen müsse sichergestellt, die Ausnahmen von der Benachrichtigungspflicht deutlich beschränkt werden. Außerdem dürften Gespräche zwischen Beschuldigten und zeugnisverweigerungsberechtigten Personen grundsätzlich nicht verwertet werden.

Berufspendler fahren zu 67% mit dem Auto

www.destatis.de, 22.3. alk. Gegenwärtig fordern verschiedene Umweltverbände Fahrverbote und ähnliches als Maßnahmen gegen das Überschreiten von Grenzwerten bei der Feinstaubbelastung in verschiedenen Großstädten. Für die Diskussion sind die folgenden Zahlen aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes wichtig und interessant: Das Auto ist für die meisten Berufspendler das wichtigste Verkehrsmittel und hat in den vergangenen Jahren seinen Anteil am Pendleraufkommen leicht erhöht: Gut 67% der Pendler nahmen im März 2004 für den Hauptteil des Weges zur Arbeit das Auto, 1996 waren es knapp 65% gewesen. Nicht wesentlich verändert hat sich zwischen 1996 und 2004 der Anteil der Pendler, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen – 2004 waren es 18%, 1996 gut 19%. Stabil blieben auch die Pendleranteile des öffentlichen Nahverkehrs (Bus, U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn) mit 11% (1996: 12%) sowie der Eisenbahn mit 2% (1996: ebenfalls 2%). Je höher das Einkommen, desto eher wird der PKW genutzt. Von den Pendlern mit einem Monatsnettoeinkommen ab 2 900 Euro fuhren im März 2004 78% mit dem Pkw. Mit steigendem Einkommen werden längere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsort in Kauf

Berufspendler/-innen im März 2004 nach Entfernung zur Arbeitsstätte und benutztem Verkehrsmittel



Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

genommen: Im März 2004 fuhren 8% der Pendler mit weniger als 500 Euro, aber gut ein Viertel (27%) der Pendler mit mindestens 2 900 Euro monatlichem Nettoeinkommen 25 Kilometer oder weiter zur Arbeit. Steigende Entfernungen begünstigen wiederum die Nutzung des Pkw als Hauptverkehrsmittel: Bei Einkommen ab 2900 Euro und Pendeldistanzen ab 25 Kilometer lag der Anteil der Pkw-Fahrenden bei 86%, also weit über dem Durchschnitt.

Zwangsmaßnahmen gegen Schuldner auf Rekordhöhe

Bürgel-Studie, 30.3. scc Die Verarmung von Teilen der Bevölkerung schlägt sich auch in folgenden Zahlen nieder: Die Zahl der „harten gerichtlichen Maßnahmen“ gegen Schuldner stieg 2004 auf die neue Rekordhöhe von 1,74 Millionen, das sind um 3,7% mehr als im Vorjahr. Mehr als eine Million Menschen mussten einen „Offenbarungseid“ leisten (+ 4%). Gegen fast 570.000 Menschen wurde Haftanordnungen erlassen (+7,8%). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg zwar um 48,4%, beläuft sich aber insgesamt nur auf 5% aller gerichtlichen Maßnahmen. – Die Entwicklung von Zwangsmaßnahmen fällt in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus. In den westlichen Bundesländern ist er stärker als in den östlichen, allerdings dürften die Pro-Kopf-Zahlen im Osten deutlich über denen im Westen liegen. Die stärksten Zunahmen verzeichnen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und NRW, während etwa in Sachsen, Thüringen oder Hessen die Maßnahmen zurückgingen. Wie sich die Schulden aufschlüsseln, geht aus den Bürgel-Wirtschaftsinformationen leider nicht hervor. Betroffen von den Forderungsausfällen in Milliardenhöhe, heißt es pauschal, seien alle Unternehmen, vom Handwerker bis zu Versendern, dem E-Business oder Leasingfirmen und zunehmend auch den Energieversorgern.

Erste Änderungen bei Hartz IV?

Handelsblatt, 31.3. rül Am 15. April treffen sich Wirtschaftsminister Clement und Vertreter der Unionsfraktion zu der beim „Jobgipfel“ zwischen Schröder und Merkel/Stoiber vereinbarten Beratung über Änderungen an Hartz IV. Der CDU-Arbeitsmarktexperte Karl Laumann hat bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der u.a. höhere Freibeträge bei Zusatzeinkommen von ALG-II-Beziehern vorsieht. Sein Vorschlag: die ersten 100 Euro Zusatzeinkommen sollen beim ALG-II-Bezieher bleiben, von darüber hinausgehenden Einkommen bis 400 Euro weitere 30%. Bisher bleiben ALG-II-Beziehern von einem Zuverdienst zu ihrem ALG II von 400 Euro nur ganze 60 Euro, der Rest wird

bdi.online.de. maf BDI-Präsident Jürgen R. Thumann sagte in einem Interview, die Wirtschaft würde die Einführung von Studiengebühren und mehr Wettbewerb an den deutschen Hochschulen unterstützen. „Die Industrie ist bereit, Geld in die Hand zu nehmen, zum Beispiel in Form von Patenschaften für Studenten oder um Fonds aufzubauen, die diejenigen Studenten unterstützen, bei denen finanzielle Hilfe notwendig ist.“ Wichtig sei, dass es unter deutschen Universitäten zu einem Wettbewerb komme. – Wenn man sich schon etwas von freiem Wettbewerb in Studienfragen verspricht, sollte die Wahlfreiheit der Studierenden wenigstens nicht ganz übersehen werden. Die BDI-Projektion läuft aber auf eine Auswahl von Studierenden hinaus und auf eine Steuerung ihres Verhaltens. Die Wettbewerbsposition der Studierenden würde nicht verstärkt, sondern geschwächt.



mit dem ALG-II verrechnet. Arbeitsmarktforscher hatten deshalb schon vor Rückschlägen bei der Ausbreitung von Minijobs gewarnt. Diese Gefahr will Laumann beseitigen. Im Gespräch ist zudem eine Angleichung der ALG-II-Sätze in Ost und West. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer warnte, dass die höheren Zuverdienstmöglichkeiten für ALG-II-Bezieher im Ergebnis das mit ALG-II geschaffene Kombilohn-System ausbauen und so die Erosion regulärer Jobs weiter verstärken.

Steuersubvention für Kapitalexport

Berliner Zeitung, 29.3. rül Die grüne Finanzexpertin Christine Scheel hat in die Debatte um die Senkung der Steuersätze für Unternehmen einen interessanten Vorschlag eingebracht. „Die Unternehmen können bei Standortverlagerungen ins Ausland derzeit im Inland ihre Aufwendungen für die Planung der Investition, den Abbau und Transfer der Arbeitsplätze, die laufende Verwaltung im Mutterunternehmen und die Finanzierung der Töchter voll steuerlich geltend machen“, kritisierte sie. Dadurch entstünden Bund und Ländern derzeit jährlich Steuermindereinnahmen von ca. 5 Milliarden Euro. Wenn diese Steuersubvention für Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland gestrichen würde, so Scheel, ließe sich die kürzlich zwischen Kanzler Schröder und den Unionsvorsitzenden Merkel und Stoiber vereinbarte Senkung der Körperschaftssteuersätze von jetzt 25 auf künftig 19 Prozent vollständig gegen finanzieren, so Scheel. Während die Unternehmen so alle Kosten für den Export von Arbeitsplätzen steuerlich subventioniert bekommen, bleiben die in den Folgejahren in anderen Ländern erzielten Gewinne von deutschen Steuerforderungen verschont. Denn die deutschen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern sehen in diesen Fällen die Anwendung des sog. „Freistellungsverfahrens“ vor, bei dem solche Gewinne von

einer Versteuerung in der Bundesrepublik prinzipiell befreit sind, weil davon ausgegangen wird, dass sie bereits im Entstehungsland versteuert wurden. Wenn also im Kapitalexportland die Steuersätze für Unternehmen niedriger sind als hierzulande, kassieren deutsche Unternehmen erst die deutsche Steuersubvention für den Kapitalexport und profitieren dann auch noch von der niedrigeren Steuer am neuen Standort. Die USA praktizieren dagegen das sogenannte „Anrechnungsverfahren“. Dabei werden die im Ausland gezahlten Steuern lediglich auf die im Inland bestehende Steuerschuld angerechnet, so dass im Ergebnis der zusätzliche Anreiz der niedrigeren Steuern im Ausland für Kapitalexporte entfällt.

EU erhebt Strafzölle gegen Amerika

FAZ, 31.3. hav Die EU hat wegen der amerikanischen Antidumping-Gesetzgebung Handelssanktionen gegen die Vereinigten Staaten verhängt. Vom 1. Mai an würden auf Güter wie Papier, Textilien, Agrarerzeugnisse und Maschinenbauprodukte Strafzölle von 15 Prozent erhoben, teilte eine Sprecherin der Europäischen Kommission am Donnerstag in Brüssel mit. Die EU reagiere damit darauf, daß die Regierung in Washington nach wie vor keine Anstalten mache, das sogenannte Byrd-Amendment aufzuheben. Das Gesetz aus dem Jahr 2000 verschafft amerikanischen Konzernen einen Anspruch Geld aus Antidumping-Zöllen, die von den Amerikanern gegen ausländische Konkurrenten verhängt worden sind. Die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf hatte im Januar 2003 entschieden, daß das Gesetz gegen internationales Recht verstößt, und die EU später ermächtigt, Strafzölle gegen die Vereinigten Staaten zu verhängen. Der Kommissionsbeschluß muß von den EU-Mitgliedstaaten noch formal abgesegnet werden. Die Zölle sollen sich in diesem Jahr auf rund 28 Millionen Euro belaufen.

Zusammenstellung: alk

Zehntausenden von eingebürgerten Einwanderern türkischer Herkunft droht der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft. Grund ist die Änderung der Rechtslage durch das seit dem 1.1.2000 gültige neue Staatsbürgerschaftsrecht, das den Erwerb einer dop-

pelten Staatsbürgerschaft nur noch für im Ausland lebende Deutsche zulässt. Wie schon vor 2000 haben jedoch auch seither viele eingebürgerte Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund nach ihrer Einbürgerung erneut die türkische Staatsbürgerschaft beantragt

und erhalten. Das jetzige diskriminierende Verfahren des Entzugs der deutschen Staatsbürgerschaft zeigt, dass kein Weg zur doppelten Staatsbürgerschaft an der öffentlichen Auseinandersetzung um das geltende Staatsbürgerschaftsrecht vorbei führt. scc

NRW-Landesregierung forciert den Verlust tausender Staatsbürgerschaften

„Haben Sie ab dem 1. Januar 2000 die türkische Staatsbürgerschaft angenommen, ohne zuvor eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten zu haben?“

fragt die Stadt Leverkusen und in den nächsten Tagen tun dies zahlreiche andere NRW-Kommunen in einem Einschreibebrief an die 50 000 bis 60 000 eingebürgerten Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeiräte ist empört: „Die Menschen türkischer Herkunft werden hier bis zum Beweis des Gegenteils erst einmal kriminalisiert. Die Panikmache von CDU/CSU hat wieder einmal Früchte getragen, der Integration wird ein Bärendienst erwiesen“, erklärt der Vorsitzende Tayfun Keltok und SPD-Landtagskandidat in Köln.

Die NRW-Landesregierung hatte die Kommunen angewiesen, diesen Brief noch vor der Landtagswahl zu verschicken, damit Doppelstaatler ihre Staatsbürgerschaft verlieren und somit auch von der Landtagswahl am 22. Mai ausgeschlossen werden.

Mit diesem Vorgehen hat die rot-grüne Landesregierung die Politik von Innenminister Schily noch einmal deutlich verschärft.

Am 9. Februar hatte der NRW-Innenminister noch davon gesprochen, ein neues Einbürgerungsverfahren „wohlwollend zu prüfen“. Voraussetzung wäre aber, dass sich die Betroffenen melden, spätestens 6 Monate, nachdem sie gemerkt haben, dass sie Doppelstaatler sind. Eine solche Frist könnte also auch zu einem viel späteren Zeitpunkt beginnen, z.B. in zwei Jahren. Durch das jetzige Anschreiben wird die Sechs-Monatsfrist unmittelbar eröffnet.

Eine völlig unnötige Verschärfung, die in Nordrhein-Westfalen katastrophale Auswirkungen haben wird, denn das Misstrauen und die Repression, die die NRW-Behörde losgetreten hat, wird eine Politik der Integration über viele Jahre hin vergiften. Schon heute sagen viele betroffene Türken: „Ich werde nie wieder die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.“

Die Landesregierung hat der rechten

Hetze praktisch nachgegeben. Bereits am 20. Januar hatte die CDU im Düsseldorf Landtag eine Anfrage gestellt und behauptet, bereits die Bundestagswahl hätten Türken entschieden, denen eine deutsche Staatsbürgerschaft nicht zugestanden hätte.

In der Öffentlichkeit gibt es wenig Kritik am Vorgehen der NRW-Landesregierung, obwohl die Erstellung einer Kartei von Deutschen türkischer Herkunft eine Ungeheuerlichkeit darstellt. Diese Kartei konnte nur dadurch erstellt werden, weil z.B. in Köln alle Akten von Eingebürgerten ab dem Jahr 2000 noch einmal geöffnet werden mussten, um festzustellen, ob die betreffende Person türkischer Herkunft ist. Über 7000 Personen wurden in Köln ausfindig gemacht.

Die PDS Offene Liste im Kölner Stadtrat empfiehlt allen Betroffenen, „Widerspruch“ einzulegen, insbesondere denjenigen, die keine doppelte Staatsbürgerschaft haben. „Protest ist jetzt angesagt!“ so die Ratsfrau Özlem Demirel.

Der gesamte Vorgang selber, der Verlust der Staatsbürgerschaft von Zehntausenden von deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern ist zwar ein „automatisches Verfahren“ innerhalb einer demokratischen Rechtsform und keine Ausbürgerung, aber der gesamte Vorgang führt letztlich zum gleichen Ergebnis.

Oft sind Personen betroffen, die schon Jahrzehnte in der Bundesrepublik gelebt haben. Mit dem Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Das muss aber nicht so sein. Hat der Betroffene keine Arbeit und hat sich strafrechtlich etwas zuschulden kommen lassen, z.B. eine Strafe von mehr als 3 Jahren, kann er auch abgeschoben werden. Dieses Verfahren wird noch zu zahlreichen anderen Problemen führen, die im Detail noch nicht absehbar sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass etwa 50 000 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund ihre



Staatsbürgerschaft verlieren. Dabei stützt sie sich auf die Zahlen der türkischen Regierung, ohne selber irgendeinen Anhaltspunkt zu haben.

Daraus schlussfolgert der nordrhein-westfälische Innenminister Behrens:

„Hinsichtlich anderer als der Türkischstämmigen liegen mir jedoch keine konkreten Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Melderegister vor. Es ist deshalb unvermeidbar, diesen Anhaltspunkten nachzugehen, ohne damit speziell ein Misstrauen gegenüber eingebürgerten Personen türkischer Herkunft zum Ausdruck zu bringen.“

Dieses Anschreibeverfahren ist ein rassistisches Vorgehen, das nur auf eine ganz bestimmte Gruppe angewandt wird. „Konkrete Anhaltspunkte“ liegen auch nicht vor, sondern nur vage Behauptungen der türkischen Regierung.

Russlanddeutsche, die zuwandern und eingebürgert werden, können die doppelte Staatsbürgerschaft behalten, denn sie sind schon immer Deutsche gewesen, sogar ihre Großeltern und Urgroßeltern, obwohl sie einen russischen Pass hatten.

Der ehemalige Bundespräsident Rau (SPD) forderte vor einigen Jahren die Abschaffung des Blutsprinzips aus dem Grundgesetz. Im Jahre 2000 feierte Rot-Grün ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz und behauptete, damit sei das „Blutprinzip“ abgeschafft.

Es besteht aber weiterhin, auch wenn Rot-Grün im Bund und in NRW das nicht wahrhaben wollen.

Jörg Detjen

Karel Wojtyla gestorben

Der Tod Karel Wojtylas, der seit 1978 unter dem dynastischen Namen Johannes Paul II. das Papstamt der katholischen Kirche wahrgenommen hat, beeindruckt Medien und Menschen tief. Die katholische Kirche organisiert ihre Repräsentation nach der Art des Wahlkaisertums. Diese Art des Wechsels ist immer riskant für die Fortdauer des Systems, da der Wechsel einer ganzen Generation anfällt, es steht eine Welle mindestens personeller Veränderungen an, die so uferlos ist, dass vielfach vermutet wird, man werde einen Übergangspapst wählen, d.h. eine Person aus der alten Generation, so alt, dass die Perspektive der Kirchenorganisation für alle klar ersichtlich über den Horizont der Lebenserwartung des Auserwählten hinausreichen würde.

So war es bei Karel Wojtyla nicht. Seine Kirchenpolitik und mehr noch die Politik seiner Kirche war die Politik seiner Generation, das reicht von der Absage an den Staatssozialismus bis hin zu der Reiselust, der er frönte.

In Europa hat Wojtyla dem Zerfall des Realsozialismus den politischen Weg gewiesen und geebnet. Seine Aufrufe (Habt keine Angst ...) waren außerordentlich riskant. Letztlich ist es den Repräsentanten der realsozialistischen Staatsmacht zu verdanken, die zumeist nicht zu äußersten Mitteln griffen, sondern das Transformationsgeschehen letztlich hinnahmen.

Wie weit diese Politik andererseits jedoch zu gehen bereit war, zeigt die Zerstörung Jugoslawiens, bei der sich die katholische Kirche nicht scheute, die kulturellen Reibungen zwischen Katholizismus und griechischer Orthodoxie auszuspielen, obwohl daraus Krieg und Gemetzel folgen konnten und auch tatsächlich folgten.

Geht die Organisation der katholischen Kirche die Umwelt irgendetwas an? Sobald Kirche und Kirchenpolitik auf das Staatswesen Einfluss nehmen,

entstehen umgekehrt Interesse und auch Berechtigung der zivilen Gesellschaft, sich mit den stilbildenden Regeln der Institution auseinanderzusetzen.

In der katholischen Kirche gelten zwei äußerst problematische Regeln.

Erstens wird die Macht von oben nach unten übertragen bzw. eben nicht übertragen. Diese Regel ist in der demokratischen Welt nur erträglich, wenn ihr Wirkungsbereich klar erkennbar eingegrenzt ist, d.h. sehr bewusst darauf verzichtet wird, das Verfahren als allgemeine politische Organisationsregel zu bewerben. In dieser Frage hat die Kirchenpolitik Wojtylas keinerlei Fortschritt zugelassen. Die zuletzt noch erfolgte Heiligsprechung des letzten Habsburgerkaisers, der versucht habe, sein politisches Handeln aus seinem Glauben heraus zu bestimmen, ist dafür ein letzter und beileibe nicht der einzige Beleg. (Siehe Kasten aus den Politischen Berichten Nr. 24/04, hier noch einmal dokumentiert)

Die zweite problematische Regel betrifft den Ausschluss der Frauen von der Leitung der Kirchenorganisation, die ohne jeden Zweifel über diesen Wirkungsbereich hinaus stilbildend nicht nur wirkt, sondern auch gemeint ist.

Innerhalb des Katholizismus gibt es viele Menschen, die unter dem Stichwort „Kirche von Unten“ an einer Reform ihrer Religionsgemeinschaft wirken. Sie hatten unter der von Wojtyla bestimmten vatikanischen Politik wenig Grund zu Freude und Hoffnung.

Die tiefe und deutlich spürbare Unruhe, die der Tod des Papstes in Polen, in Europa und darüber hinaus auslöst, ergibt sich aber nicht aus Befürchtungen oder Hoffnungen hinsichtlich der Politik der Kirche.

Eher ist es so, dass der politische Weg, auf den Wojtyla von der Masse mitgerissen wurde und sie mitriss, irgendwie am Ende ist. Der politische Katholizismus der Prägung, wie er Lech Walsa begeisterte, eignete sich ganz gut zum Angriff auf den Realsozialismus, zur Entwicklung Europas eignet er sich nicht; seine konstruktiven Schwächen

Predigt des Papstes bei der Seligsprechung, Auszug betreffend Karl I.

„Die entscheidende Aufgabe des Christen besteht darin, in allem Gottes Willen zu suchen, zu erkennen und danach zu handeln. Dieser täglichen Herausforderung stellte sich der Staatsmann und Christ Karl aus dem Hause Österreich. Er war ein Freund des Friedens. In seinen Augen war der Krieg „etwas Entsetzliches“. Mitten in den Stürmen des Ersten Weltkriegs an die Regierung gelangt, versuchte er die Friedensinitiative meines Vorgängers Benedikt XV. aufzugreifen.

Von Anfang an verstand Kaiser Karl sein Herrscheramt als heiligen Dienst an seinen Völkern. Sein ernstes Bestreben war es, der Berufung des Christen zur Heiligkeit auch in seinem politischen Handeln zu folgen. Dabei war ihm der Gedanke der sozialen Liebe wichtig. Sei er uns allen ein Vorbild, besonders denen, die heute in Europa politische Verantwortung tragen!

scheinen sich auch im Nord-Süd-Konflikt zu zeigen. Nichts anderes heißt es wohl, wenn in der Kirchendiskussion die Rede davon ist, dass die Hoffnungen auf Afrika schwinden.

Allerdings hat die vatikanische Politik der letzten Jahrzehnte vor allem nach den Jugoslawien-Kriegen versucht, die Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften zu mildern. Ob wenigstens in dieser Hinsicht eine dauerhafte Zivilisierung der Kirchenorganisation und Politik erreicht wurde, ist völlig offen, gerade weil hinsichtlich der gedanklichen Untermauerung und der kirchenrechtlichen Bestimmungen alles vermieden wurde, was den alleinseligmachenden Anspruch der Kirche ankratzen hätte können.

Karel Wojtyla hat die katholische Kirche politisiert. Was die Religionsgemeinschaft mit dieser Tatsache jetzt anfangen soll, ist unklar. Auf welche Veränderung soll sich der geweckte und geballte Veränderungswille dieser Organisation werfen? Die nächsten Monate und Wochen werden es langsam zeigen. Sicher ist, dass die wichtigen anstehenden Entscheidungen nicht den Weg durch die Öffentlichkeit nehmen werden, nicht von den Mitgliedern der Religionsgemeinschaft getroffen werden, sondern im Conclave, von Leuten, die meinen oder wenigstens sagen, von Gott geleitet zu handeln.

Der Schrecken, nicht das Mitgefühl wegen des Hinstrebens eines alten Mannes, der sein Leben gelebt hat, erklärt sich wohl auch aus diesem Risiko, dem die Mitglieder dieser großen Religionsgemeinschaft und die Betroffenen ihres Einflusses jetzt abwartend gegenüberstehen.

maf



Widerstand gegen den Einsatz im Irak-Krieg

Am 28. März, Ostermontag, wurde der US-Verweigerer Blake Lemoine, der am Irak-Krieg teilgenommen hat, von einem US-Militärgericht in Darmstadt zu sieben Monaten Haft verurteilt. Zugleich entschied das Gericht, ihm seinen Sold nicht auszuzahlen und ihn im Anschluss an die Haft unehrenhaft aus der Armee zu entlassen. Blake Lemoine befindet sich im Hungerstreik, den er aus Protest gegen das Urteil noch einige Zeit fortgesetzt hat. Verschiedene Friedensorganisationen, die den Blake Lemoine unterstützen – Connection e.V., Stop the War Brigade/Vietnam Veterans against the War-AI, American Voices Abroad Military Project, das Military Counseling Network und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär – kritisieren das Urteil und fordern seine unverzügliche, bedingungslose Freilassung.

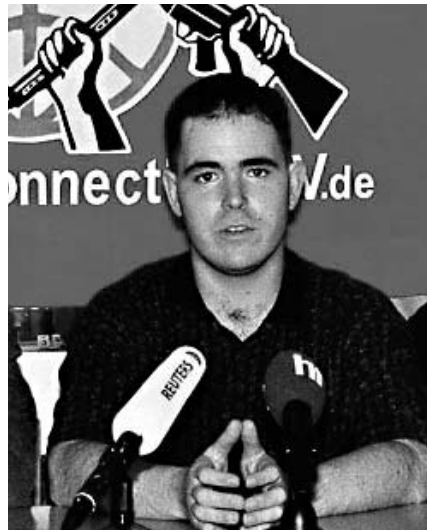
Blake Lemoine ist in der Coleman Kaserne in Mannheim inhaftiert. Dort ist er Schikanen ausgesetzt. Wie seine Unterstützer berichten, wurde seiner 21-jährigen Frau am Wochenende unter Vorwänden am 2./3. April verwehrt, ihn zu besuchen. Elsa Rassbach von American Voice Abroad Military Project erklärte: „Wir sind sehr besorgt um Blake Lemoine. Die Maßnahmen des Militärs sollen ihn ganz offensichtlich demoralisieren und seinen Willen brechen, weil er über das gesprochen hat, was die US-Armee im Irak tut.“

Wir dokumentieren im Folgenden leicht gekürzt einen Hintergrundbericht von Elsa Rassbach, der unmittelbar vor dem Prozess verfasst wurde. Hinweise zu weiteren Informationsmöglichkeiten finden sich im Anschluss daran.

„... kann ich nichts anderes tun, als dem amerikanischen Militär jeden Einsatz mit dem Gewehr meinerseits zu verweigern“

Das Pentagon gibt zu, dass zwischen dem Anfang des Krieges gegen den Irak und dem Jahresende 2004 mehr als 5.500 US-Soldaten desertiert sind. Und es desertieren täglich mehr. Manche dieser Deserteure sind verhaftet und in US-Militärgefängnisse gesteckt worden. Aber die meisten leben im Untergrund in den USA und anderen Ländern. Während des Vietnamkrieges haben Schweden und Kanada desertierenden US-Soldaten Asyl gewährt. Heute macht das kein Land. Gerade letzten Donnerstag, am 24. März, wurde dem amerikanischen Deserteur Jeremy Hinzman in einem wichtigen Prozess politisches Asyl in Kanada verweigert. Er beabsichtigt, gegen diese Entscheidung Revision einzulegen.

Aber einige der tapfersten Soldaten desertieren nicht. Sie leisten innerhalb der Armee Widerstand. Ich überbringe eine Botschaft an die deutsche Friedensbewegung von einem dieser tapferen sich widersetzenden Soldaten, der hier in Deutschland stationiert ist. Er heißt Blake Lemoine, ist 23 Jahre alt und stammt aus dem US-Staat Louisiana. (...)



Blake ist bald nach dem Angriff auf das World Trade Center vom 11. September 2001 in die Armee eingetreten. Er wollte sein Heimatland verteidigen, und wie die meisten Leute, die ins amerikanische Militär eintreten, brauchte er einen Job mit gesichertem Sold. Aber nachdem er eingetreten war, hat die US-Regierung den angeblichen „Krieg gegen den Terrorismus“ in einen Angriff auf den Irak und dessen Besetzung verwandelt. Dazu hatte er nicht seine Zustimmung gegeben.

Blake hat ein Jahr lang im Irak Dienst geleistet und hat wegen seiner Dienstzeit unter Gefahr die Auszeichnung „Army Commendation“ erhalten. Er war ein MG-Schütze, der Postwagen durch vom irakischen Widerstand beherrschte Gebiete Begleitschutz gab. Im Irak erfüllte ihn das, was er als die „Grausamkeit“ des amerikanischen Militärs gegenüber irakische Zivilisten bezeichnet, mit Abscheu. Neben vielen Todesfällen von Zivilisten hat Blake auch viele Beispiele alltäglicher Erniedrigungen erlebt, welche die irakische Bevölkerung unter amerikanischer Besatzung erleiden muss. Er erzählt viele Beispiele: Den amerikanischen Soldaten war es z.B. verboten, aus ihren Beständen abgefülltes Wasser an die durstigen Iraker abzugeben, die bei Temperaturen von über 45 Grad Celsius auf den Militärstützpunkten körperliche Arbeit leisteten, und den Irakern war es

auch nicht gestattet, ausreichend Wasser selbst mitzubringen. Außerdem haben amerikanische Soldaten regelmäßig ihre Waffen auf unbewaffnete irakische Zivilisten gerichtet, um sie absichtlich und ohne Notwendigkeit zu ängstigen.

Nachdem er sein Jahr im Irak abgeleistet hatte, wurde Blake wieder nach Darmstadt in Deutschland verlegt. Seine Ehefrau Alayna wohnte auf dem Heeresstützpunkt in Darmstadt, während Blake im Irak war. Nach seiner Rückkehr wurde er aufgefordert, seinen aktiven Dienst um weitere acht Monate zu verlängern, andernfalls dürfe seine Ehefrau nicht länger bei ihm in Deutschland bleiben. Hätte er nicht zugestimmt, wäre er jetzt bereits außer Dienst. Durch seine Zustimmung ist sein aktiver Dienst bis zum mindestens 13. Oktober verlängert worden.

Wieder in Deutschland, erschien ihm den Gräueltaten des US-Militärs gegenüber dem irakischen Volk noch sinnloser, zumal die US-Regierung bislang keine Massenvernichtungswaffen gefunden hatte. Blake glaubt auch, dass die Besetzung des Iraks militärisch keinen Sinn ergibt. Er sagt, dass es in der Geschichte niemals gelungen ist, einen Guerillakrieg mit konventionellen militärischen Mitteln zu unterdrücken. Obwohl er schon in wenigen Monaten entlassen werden soll, ist Blake der Meinung, dass er ein „Heuchler“ wäre, wenn er nicht öffentlich seine Ansichten vertreten würde. Er hat sich entschlossen, entschieden gegen das amerikanische Militär Stellung zu nehmen, trotz der persönlichen Risiken für ihn. Er sagt, dass er für die Freiheit kämpfe.

Daher hat Blake am 10. Januar 2005 an seine Befehlshaber, bis hinauf zu Präsident Bush, geschrieben, dass er nicht länger mitmachen könne. Hier ist ein Auszug seines Schreibens:

„An alle meine Vorgesetzten, während ich dort [im Irak] stationiert war, sind mir Hass, Wut und Rassismus begegnet. Nur sehr selten erlebte ich, dass diese Gefühlsregungen unter einer irakischen Haut steckten. Es waren die Soldaten, an deren Seite ich gekämpft habe, welche diese Schrecken der menschlichen Seele darstellten. (...) Manche könnten sagen, dass ich mit meiner Unterschrift unter dem Vertrag mit dem Heer meine Bereitschaft zum Töten für die Vereinigten Staaten erklärt habe. Aber als ich jenen Vertrag unterschrieben habe, war es mir buchstäblich unmöglich zu wissen, mit welchen Mitteln unser Krieg geführt wurde. Jetzt, wo mir Hass und Wut bewusst sind, die gegen die arabischen Völker ge-

richtet sind, kann ich nichts anderes tun, als dem amerikanischen Militär jeden Einsatz mit dem Gewehr meinerseits zu verweigern. Auch muss ich leidet sagen, dass ich ab dem heutigen Tage dem Heer keinerlei Unterstützung geben kann ...“

Vom 10. Januar bis jetzt ist Blake jeden Tag zur Arbeit auf dem Heeresstützpunkt in Darmstadt erschienen, wo er zur Zeit dem Lager zugeteilt ist. Aber obwohl er körperlich anwesend ist, verweigert er friedlich die Mitarbeit. Das Heer lehnt jedoch sein Gesuch um Entlassung aus dem Dienst ab.

Am 24. Januar hat Blake einen amtlichen Antrag auf Entlassung aus dem Heer als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Er weiß, dass dieser Antrag wahrscheinlich von der Heeresführung abgelehnt werden wird, da er kein Pazifist ist und in einem gerechten Krieg, wie dem Zweiten Weltkrieg, kämpfen würde. Aber er lehnt die gegenwärtige amerikanische Militärpolitik im Irak sowie die präventive Kriegführung ab. Wenn sein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer von der Militärführung abgelehnt wird, beabsichtigt er, dagegen bei den Bundesgerichten Berufung einzulegen – nötigenfalls bis hinauf zum Obersten Gericht der USA. Wenn er am Montag vor dem Militärgericht wegen Befehlsverweigerung verurteilt wird, kann es sein, dass er die Revisionen aus einem amerikanischen Militärgefängnis heraus beantragen muss.

Am 27. Januar hat Blake einen Hungerstreik begonnen (den er am 17.2. beendete – Red.). Er ist auch zur Zeit im Hungerstreik, und hat etwa 15 Kilogramm an Gewicht verloren. Seit dem 1. Februar hat sich Blake geweigert, Sold oder Nebenleistung vom Heer anzunehmen. Er und seine Ehefrau leben von ihren Ersparnissen. Hier ist ein Auszug seines Schreibens vom 27. Januar an seine Befehlshaber, bis hinauf zu Präsident Bush, in dem er seinen Hungerstreik und seine Weigerung, weiterhin Sold vom amerikanischen Militär anzunehmen, angekündigt hat:

„An alle meine Vorgesetzten, wie das Heer selber öffentlich zugegeben hat, bin ich zur Zeit einem Sklavenvertrag unterworfen. Das hat das Heer damit bewiesen, dass es auf meine Aussage ‚Ich quittiere den Dienst‘ antwortete ‚Das können Sie nicht.‘ Es gibt nur eine Klasse von Menschen in der ganzen Geschichte die man durch Zwang gehindert hat, ihre Arbeitsplätze aufzugeben. Jene Klasse ist die Klasse der Sklaven. Als ich den Vertrag mit dem Heer unterschrieben habe, war mir nicht bekannt, dass ich mich mit der Unterschrift in die Sklaverei begab. Im Augenblick gibt es nichts, das ich tun kann, um die Situation zu berichtigen. Ganz einfach gesagt, besitzt das amerikanische Heer die ganzen Gewehre,

während ich keines habe. Wenn ich Widerstand leiste, werde ich gewaltsam gezwungen, mich unterzuordnen. (...) Das Heer möchte die Farce weiter spielen, dass ich vertraglich angestellt wäre. Das ist eine Lüge. Daher habe ich mich entschlossen, nicht weiterhin untätig zu sein und unverdiente Leistungen zu erhalten. Ab dem obenerwähnten Datum werde ich nicht länger freiwillig irgendwelche Leistungen vom US-Heer annehmen. Dazu gehören unter anderem Lohn, Unterkunft und Lebensmittel. Dann soll geschehen, was will.“

Blake hat ein Recht darauf, sich von seinen religiösen Überzeugungen hinsichtlich der Handlungen, die er unternimmt oder nicht unternimmt, leiten zu lassen. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erkennt die Gewissens- und Religionsfreiheit an. Blake ist selektiver Wehrdienstverweigerer. In seinem religiösen Glauben lehnt Blake Kriege nicht ab, die von Weisheit geleitet sind; jedoch glaubt er nicht, dass der amerikanische Angriff auf den Irak und dessen Besetzung von Weisheit geleitet sind. Die Vereinten Nationen erkennen die selektive Wehrdienstverweigerung als ein Menschenrecht an.

(...) Am vergangenen Donnerstag, dem 24. März, ist eine Pressekonferenz in Darmstadt für Blake veranstaltet worden. Bei dieser Pressekonferenz hat Blake den Journalisten tapfer die Wahrheit erzählt: seine Überzeugungen erlauben es ihm nicht, zur Zeit mit dem amerikanischen Militär zusammenzuarbeiten, wegen des unberechtigten „vorbeugenden“ Angriffs auf den Irak und dessen Besetzung. An der Pressekonferenz nahmen auch seine Unterstützer teil: das „Military Counseling Network“ (MCN) in Heidelberg (eine Beratungsstelle des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees); „Stop the War Brigade“, eine von in Deutschland lebenden Vietnamveteranen geführten Gruppe, die sich für die Rechte der GI's einsetzt, die deutschen Friedensgruppen Connection e.V. (ein Ableger der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen); die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär“; und das Militärprojekt von „American Voices Abroad“ (AVA), das im Februar dieses Jahres initiiert wurde und Teilnehmern vielerorts in Deutschland, sowie in Frankreich, den Niederlanden, Italien, Spanien, der Tschechischen Republik und Libanon hat.

Blakes Botschaft an die Friedensbewegung vom Osterwochenende 2005

Blakes Botschaft an die Friedensbewegung vom Osterwochenende 2005 wird während den Friedensdemonstrationen in vielen Städten in Deutschland vorgelesen. Sie lautet:

„Liebe Leute, die Ihr Euch im Namen

des Friedens versammelt habt,

ich möchte mich bei all denen bedanken, insbesondere in der deutschen Friedensbewegung, die mir Unterstützung und Hilfe in meinem Verfahren gegeben haben. Die menschliche Zivilisation ist sehr alt und hat viele Prüfungen überstanden. Der Zustand der Welt und das Los aller Menschen wurde mit dem Ende jedes Zeitalters verbessert. Das ist Menschen wie Euch zuzuschreiben, die den persönlichen Mut haben, für etwas einzustehen, an das Ihr glaubt. Damit steht ihr nicht alleine. Es gibt einige wenige Menschen innerhalb des Systems, innerhalb des Militärs, die die Invasion in den Irak nicht unterstützen. Haltet an Eurer Überzeugung fest. Zusammen können wir für eine glücklichere und freiere Welt kämpfen.

Mit freudlichem Gruß

Blake Lemoine

Priest of the Cabal of Free Thought“

Diese amerikanischen Soldaten in Deutschland, die sich widersetzen, stehen an der „Front“ der Widerstandsbewegung der Soldaten und brauchen dringend konkrete Hilfe von der deutschen Friedensbewegung und Friedensbewegungen in der ganzen Welt. Es sind 70.000 amerikanische Soldaten in Deutschland stationiert, zusammen mit 89.000 Familienangehörigen. Diese Soldaten werden nach Irak und Afghanistan verlegt, während ihre Familien weiter in den amerikanischen Militärsiedlungen wohnen bleiben. Wenn ihre Dienstzeit in der Kriegszone beendet ist oder sie verletzt werden, werden sie oft nach Deutschland zurückgeschickt, wo sie warten, bis sie ein zweites oder gar drittes Mal in die Kriegs- und Besatzungszonen verschickt werden. Das Pentagon hat sogar sogenannte „Stop-Loss“-Befehle erlassen, nach denen diese Soldaten gezwungen werden können, auf unbeschränkte Zeit zu dienen, selbst wenn sie sich ursprünglich nur für zwei oder drei Jahre verpflichtet hatten. Soldaten klagen gegen diese Befehle vor amerikanischen Gerichten.

Damit diese Soldaten eine gerechte Behandlung erreichen können, haben das Military Counseling Network und das Militärprojekt von American Voices Abroad gerade eine weltweite Spenden-Sammelkampagne eingeleitet, um die Soldaten mit ihren Prozess- und Anwaltskosten zu helfen, wenn sie vor den amerikanischen Bundesgerichten Einspruch gegen Entscheidungen der Militärgerichte einlegen (s. Kasten). Dieser Fond wird vom renommierten Center on Conscience & War in Washington treuhänderisch verwaltet werden, eine gemeinnützige Organisation, die seit 1946 für Kriegsdienstverweigerer kämpft.

Die Soldaten und ihre Familien brauchen auch Information. Sie leben relativ isoliert in den Kasernen in Deutschland, wo sie sogar mit Dollars einkaufen. Sie werden nicht über ihre gesetz-

Helfen Sie bitte amerikanischen Soldaten im Widerstand

Spenden Sie an das Special Legal Fund des American Voices Abroad Military Project & Military Counseling Service beim Center on Conscience & War

Die Gelder werden dazu benutzt, die Anwalts-, Gerichts- und Prozesskosten und diesbezügliche Ausgaben von denjenigen amerikanischen Soldaten zu unterstützen, deren Gerichtsfälle beginnen, während sie außerhalb der USA stationiert sind. Spenden können in jeder Währung angenommen werden. Um zu spenden, wählen Sie eine der zwei folgenden Möglichkeiten:

1. Eine Banküberweisung an „AVA

MP-MCN Legal Fund of the Center on Conscience & War,“ Konto-Nr. 26137697, Riggs Bank, (Bankleitzahl 054000030).

2) Nach dem 1. 4. können Sie eine Spende über das Internet mit einer der bekannteren Kreditkarten machen. Besuchen Sie <http://www.nisbco.org/>, die Webpräsenz des Center on Conscience & War.

Auf der Homepage, klicken Sie auf „Support AVAMP-MCN Legal Fund online.“

Folgen Sie die Anleitung für PayPal, welche eingeblendet wird. Sie brauchen nicht PayPal-Mitglied zu sein oder werden, um Ihre Spende zu machen. Zwar müssen Sie den Betrag der Spende in US-Dollar angeben, aber es werden Kreditkarten mit fast allen Währungen angenommen.

lichen Rechte aufgeklärt. Wir hoffen, dass die deutsche Friedensbewegung uns dabei helfen wird, 50.000 Flugblätter an amerikanische Soldaten in ganz Deutschland verteilen, um sie über Websites und Notrufnummern zu informieren, wo sie die Informationen über ihre Rechte erhalten können, die sie brauchen.

Die Vereinigten Staaten sollten sofort Blake Lemoine seine Menschenrechte gewähren. Wir fordern das Pentagon auf, Blake Lemoine sofort und bedingungslos aus dem amerikanischen Heer zu entlassen. Wir fordern das Pentagon auf, sofort und bedingungslos alle amerikanischen Militärangehörige zu entlassen, deren religiöse, moralische oder ethischen Überzeugungen es ihnen unmöglich machen, die Invasion und Besetzung des Iraks zu unterstützen. Wir hoffen auch, dass die deutsche Bundesregierung anfangen wird, amerikanischen Soldaten politisches Asyl zu gewähren. Vielen Dank.

Hinweis: Die Zitate entstammen Unterlagen, die Blake Lemoine für die Verteilung bei den Ostermärschen Elsa Rassbach zur Verfügung gestellt hat. Sie ist ausschließlich für den Inhalt des übrigen Textes verantwortlich.

Weitere Informationen über Blake Lemoine

• Connection e.V., Tel.: 069-8237 5534, Fax: 069-8237 5535, Email: office@Connection-eV.de, www.Connection-eV.de/Projekte/USA.html
• Military Counseling Network (MCN), Email: mcn@dmfk.de;
• www.stopthewarbrigade.html
• American Voices Abroad (AVA) Military Project. Kontakt: Elsa Rassbach, Steifensandstrasse 6, Tel. 030-326-01540, Fax 030 326 01542, Email: Elsa_Rassbach@compuserve.com

Bundesausschuss Friedensratschlag zu den Vorschlägen zur UN-Reform

Kofi Annan beschädigt Völkerrecht

Während die ersten Reaktionen aus Berlin und Paris, aus Washington und London viel Lob über den UN-Generalsekretär ausgeschüttet haben, über-

wiegt auf Seiten der Friedensbewegung die Kritik. Zwar werde nicht verkannt, dass Entscheidungs- und Vollzugsstrukturen der Vereinten Nationen stark reformbedürftig sind. Insofern verdient jeder Versuch, die Debatte über Auftrag und Gestalt der UNO neu zu beleben, Anerkennung. Der reduzierte Blick auf Charakter und Zusammensetzung des Sicherheitsrats reicht aber bei weitem nicht aus, solche Probleme einer Lösung zuzuführen.

Die Bundesregierung hat es in den letzten Monaten trefflich verstanden, die UN-Reformdiskussion auf die Frage zu reduzieren, ob Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält oder nicht. Diese Engführung der Diskussion weist in eine völlig falsche Richtung. Was das oberste Entscheidungsorgan der Vereinten Nationen braucht, ist keine Stärkung der Positionen der reichen Industriestaaten, sondern eine angemessenere Vertretung von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Deren Schicksal – das hat die Millenniums-Erklärung von 2000 deutlich gemacht – steht vor allem auf dem Spiel.

Völlig ausgeklammert bleiben sowohl in der deutschen Diskussion als auch im Reform-Papier von Kofi Annan Fragen, die sich mit der bislang fehlenden Gewaltenteilung im System der Vereinten Nationen befassen. Gerade wenn die UNO eine größere Rolle bei internationalen Militäreinsätzen (Blauhelmeinsätzen) spielen soll, müsste die Vereinbarkeit solcher Einsätze mit dem geltenden Völkerrecht und der UN-Charta von einer unabhängigen richterlichen Instanz überprüft werden können.

Helles Entsetzen lösten beim Bundesausschuss Friedensratschlag die Passagen in dem Reformpapier aus, in denen Kofi Annan die Möglichkeit in Betracht zieht, Präventivkriege im Namen der Vereinten Nationen zu führen. In Ziffer 125 heißt es dazu: Der Sicherheitsrat habe die „volle Autorität für die Anwendung militärischer Gewalt, auch präventiv“. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, fielen die Vereinten Nationen nicht nur hinter die eigene UN-

Charta, sondern auch hinter den Kellogg-Pakt aus dem Jahr 1928 zurück, in dem die Vertragsstaaten erstmals den Krieg „geächtet“ hatten. Dieses moderne Verständnis von einem umfassenden Gewaltverbot hat schließlich in die UN-Charta von 1945 Eingang gefunden (Art. 2 Abs. 4) und bildet eines ihrer wichtigsten Prinzipien. Zu Recht sind die USA weltweit kritisiert worden (auch von Kofi Annan selbst), weil sie sich in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 den Präventivkrieg als Option vorbehalten haben. Sollten die Vereinten Nationen dieses antiquierte „Recht des Stärkeren“ nun auch für sich beanspruchen, gibt es keine Begründung mehr, es einzelnen Staaten vorzu-enthalten.

Kofi Annan schlägt vor, den Artikel aus der UN-Charta, der die Einrichtung eines „Generalstabsausschusses“ vorsieht (Art. 47), ersatzlos zu streichen. Das ist eine Kapitulation vor der Arroganz der großen Militärmächte, insbesondere der USA, die sich bisher stets geweigert haben, sich bei UN-Militäreinsätzen einem UN-Kommando zu unterwerfen. Wenn in der 60-jährigen Geschichte der „Generalstabsausschuss“ nie installiert wurde, spricht das nicht gegen ihn, sondern gegen die Staaten, die zwar die UN in Anspruch nehmen, dafür aber keine Kompetenzen an sie abtreten wollen.

Ärgerlich ist schließlich die Einseitigkeit der Argumentation Kofi Annans im Kapitel über den Terrorismus. So sehr ihm darin zuzustimmen ist, dass es einer allgemein anerkannten und verbindlichen Definition von „Terrorismus“ bedarf, so wenig kann ihm gefolgt werden, wenn er den Terrorismus auf nichtstaatliche Akteure eingrenzt. In Ziff. 91 heißt es ohne jede weitere Begründung: „Es ist an der Zeit, die Debatten über den sogenannten ‚Staatsterrorismus‘ einmal auszuklammern.“ Warum? Weil es ihn nicht gibt? Oder weil es nicht opportun ist, darüber zu sprechen? Oder weil bestimmte Regierungen regelmäßig zusammentracken, wenn die Rede auf den Staatsterrorismus kommt? Wer über den Terrorismus nichtstaatlicher krimineller Banden spricht, darf über den Terrorismus, der im Namen von Regierungen ausgeübt wird, nicht schweigen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hofft, dass über das vorliegende Papier des UN-Generalsekretärs eine lebhaftere öffentliche Debatte entsteht. Das Völkerrecht, die UN-Charta und die Vereinten Nationen insgesamt dürfen dabei nicht dem von der US-Administration inspirierten weltpolitischen „Zeitgeist“ geopfert werden. Wer heute das Gewaltverbot in Frage stellt, darf sich nicht wundern, wenn die Welt noch weiter aus den Fugen gerät.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher)



Die Bilder geben einen Eindruck von den vielfältigen Aktionen, die in den USA gegen den Irak-Krieg und die mit dem Krieg einhergehende Militarisierung der Gesellschaft stattfinden. Das linke Bild zeigt die Ausstellung „Eyes wide open“ der Quäker, die Ende März in San Francisco eröffnet wurde: Mit 1.528 Stiefeln, die mit Namen und Herkunftsort der im Irak zu Tode gekommenen US-Soldaten versehen und nach Bundesstaaten geordnet aufgestellt wurden, machten die Veranstalter eindrucksvoll deutlich, welch hohe Kosten des Krieges auch die US-Gesellschaft trägt. Dazu symbolisierten zahllose Schuhe von Zivilisten die Zehntausende Opfer der ira-

kischen Gesellschaft. Das rechte Bild zeigt eine von vielen Demonstrationen, die in diesen Tagen gegen die Militarisierung der Schulen stattfinden. Sie richten sich gegen die Rekrutierungsversuche der Armee in den Schulen und gegen die drohende Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. An der Universität Berkeley verabschiedete das Studierendenparlament eine Resolution gegen die Rekrutierung von Soldaten an den Universitäten, an texanischen Universitäten regt sich Protest gegen die Versuche der CIA, mit Hilfe von Studierenden andere Studierende für den Geheimdienst zu gewinnen. (Quelle: www.NoDraftNoWay.org, Indymedia)

Französische Kirchen werben für EU-Verfassung

Frankreichs christliche Kirchen haben dazu aufgerufen, die EU-Verfassung zu unterstützen. Als einer der Gründerstaaten der EU habe Frankreich eine besondere Verantwortung, hieß es in einer Erklärung der katholischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen des Landes. Die Verfassung bringe Fortschritte gegenüber den bestehenden europäischen Verträgen, weil sie die Werte benenne, auf denen die EU gründe, und weil sie die Rechte der EU-Bürger in den Mittelpunkt rücke. Eine neue Umfrage des Instituts Ipsos für die Zeitung „Le Figaro“ ergab, dass 54 % der Franzosen, die am Verfassungsreferendum teilnehmen wollen, mit Nein abstimmen wollen. Von den bereits entschlossenen Wählern würden zwei Monate vor dem Referendum nur 46 % der Befragten ihre Stimme für den Verfassungstext abgeben. Die Hälfte der Befragten gab jedoch an, sie wollten nicht abstimmen, sich enthalten oder eine ungültige Stimme abgeben. Die Franzosen stimmen am 29. Mai über den EU-Verfassungsvertrag ab. (hav, Quelle: FAZ)

Schweiz: SVP-Parteitag gegen EU-Beitritt und Schengen

Auf der Treppe zur Halle standen Männer mit Kantonsfahnen Spalier, die Delegierten wurden mit Blasmusik und Treicheln (traditionelles Schweizerisches Instrument) empfangen. „Die Einstimmung passt gut zur Resolution gegen die EU“, kommentierte die „Neue Zürcher“. Die 400 Delegierten der

Schweizerischen Volkspartei forderten auf ihrer Delegiertenversammlung am 2.4. den Bundesrat auf, das in Brüssel anhängige EU-Beitrittsge such zurückzuziehen. Solange dies nicht geschehen sei, könne die Schweiz nicht glaubwürdig bilateral mit der EU verhandeln, so der Tenor. Das „strategische Ziel“ des EU-Beitritts sei aufzugeben. Die Delegierten brachten es fertig, das Schengen-Abkommen von rechts zu kritisieren. Mit dem Beitritt zu diesem Abkommen, für den sich inzwischen zwei Kantone aussprechen, werde die innere Sicherheit der Schweiz und damit ein Gut gefährdet, das wesentlich zum hohen Wohlstand in der Schweiz beitrage. Die SVP hatte rechtzeitig zur Versammlung 80.000 Unterschriften gegen den Schengen-Beitritt gesammelt. Ein Referendum dazu findet am 5. Juni statt. (Quelle: NZZ, SVP)

Südtiroler SVP will Südtirol-Bezug in österreichischer Verfassung

Der Obmann der Südtiroler Volkspartei, Pichler Rolle, hat sich auf dem 52. Parteitag für einen Südtirol-Bezug in der österreichischen Verfassung ausgesprochen. Dies sei nicht als „feindlicher Akt gegenüber Rom“ gemeint, sondern sei Ausdruck der „Jahrhunderte langen Verbundenheit“ mit Österreich. Ausdrücklich bedankte sich Pichler Rolle bei verschiedenen österreichischen Politikern, u.a. Bundeskanzler Schüssel und der damaligen Außenministerin Ferrero-Waldner, für ihren Einsatz bei der Verteidigung der Südtiroler Autonomie in den Verhandlungen über eine italienische Verfassungsreform. Dass in

der SVP einige Kräfte bewusst mit dem Feuer spielen, macht ein Blick auf die Homepage der SVP-Abgeordneten Dr. Eva Klotz deutlich, auf der es z.B. am 22.9.04 heißt: „Solange Südtirol zum Staat Italien gehört, wird es immer um sein Überleben als Tiroler Land bangen und kämpfen müssen. Deshalb ist es notwendig, sich endlich mit den Alternativen zum Autonomieweg zu befassen ...“ (Quelle: nachrichten.at)

Schweden: Rechte versuchen, Verein der Steuerzahler zu übernehmen

Der schwedische Verein der Steuerzahler hat sich des Versuchs einer feindlichen Übernahme durch die rechtsextreme Partei Sverigedemokraterna zu erwehren. Dem Verein gehören rund 130.000 Mitglieder an, die überwiegend den Konservativen oder Liberalen nahe stehen. Wie die antifaschistische Zeitung Expo berichtet, versuchen die „Schwedendemokraten“ den Verein der Steuerzahler zu infiltrieren. Ziel sei, auf der Jahreshauptversammlung Ende April, eine Mehrheit zu stellen und den Vereinsvorstand in die Hand zu bringen und so den Verein in ein Werkzeug rassistischer Kampagnen zu verwandeln. Interessieren dürfte die „Schwedendemokraten“ auch die gut gefüllte Vereinskasse. Der Verein der Steuerzahler verfügt über ein Kapital von rund 10 Millionen Euro und setzt jährlich ca. 4 Mio. Euro um. Laut Radio Schweden mobilisieren nun ihrerseits Konservative und Liberale, um die Übernahme zu verhindern. (Quelle: Radio Schweden, 31.3., europa-digital.de)

Zusammenstellung: scc

BAHNSDORF. In 50 europäischen Städten wurde rund um den 2. April 2005 protestiert für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht, gegen die Internierung von MigrantInnen in verschiedenen Formen von Lagern und gegen Grenzen. In Frankfurt/Main versammelten sich AktivistInnen zu einer Aktion im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens. Weitere Aktionen fanden z.B. in Berlin, Göttingen, Düsseldorf, München und Nürnberg (Bild oben) statt.

Das vom Essener Unternehmen „European Home Care“ betriebene Asylbewerberheim in Bahnsdorf/Oberlausitz befindet sich in einer ehemaligen Kaserne der Sowjetarmee, tief im Wald und auf einem Gelände, auf dem noch immer Minen aus Militärmanövern liegen. Den untergebrachten Flüchtlingen wurden Erklärungen abverlangt, die im Falle eines Unfalls mit den Sprengkörpern eine Haftung der Behörden ausschließt. Die häufig durch Drohungen der Ausländerbehörde eingeschüchterten und des Deutschen oft nicht mächtigen Bewohner unterschrieben – ebenso wie die ihnen immer wieder vorgelegten Selbstverpflichtungen zur freiwilligen Ausreise oder, wie zuletzt, die Erklärung, sich von den Protesten gegen das Lager zu distanzieren. Dagegen organisierten AktivistInnen der „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“, die selbst in dem Heim untergebracht sind, eine Demonstration zum Lager in Bahnsdorf und anschließend eine Fahrt zur Ausländerbehörde in Senftenberg (Bild unten). Detailberichte in <http://de.indymedia.org>.



Urteil: „Abschiebehaft für Minderjährige ist unverhältnismäßig“

BERLIN. Das Kammergericht Berlin hat in einem Beschluss vom 18. März 2005 (AZ25 W64/04) die Inhaftierung eines 16-jährigen Mädchens aus Liberia in der Abschiebehaft für rechtswidrig erklärt. Es hat dabei auch grundsätzliche Erwägungen zur Zulässigkeit der Anordnung von Abschiebungshaft für Minderjährige getroffen. Dabei stützte sich das Gericht auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Köln (vom 11.9.2002), die feststellt, dass „gerade Minderjährige von der Vollziehung einer Haftanordnung erheblich betroffen werden und hierdurch dauerhafte psychische Schäden davontragen“. In diesem Zusammenhang stellt sich nach Auffassung des Gerichtes die Frage der Verhältnismäßigkeit des Handelns der Ausländerbehörde, die die Verantwortung für die Haftanordnung trägt. Möglichkeiten der Vermeidung von Abschiebungshaft wie die Unterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung hatte die Ausländerbehörde im vorliegenden Fall nicht geprüft.

Der Berliner Flüchtlingsrat fordert den Innensenator auf, entsprechende Schritte zu unternehmen und die sofortige Freilassung aller Minderjährigen aus der Abschiebehaft zu veranlassen sowie an Stelle der Inhaftierung eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung in geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen sicherzustellen. Damit würde Berlin sich auch im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention befinden, die die Inhaftierung von Minderjährigen nur als letztes Mittel bezeichnet (nach internationaler Terminologie de-

finiert die Konvention alle Personen im Alter unter 18 Jahren als „Kind“).

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Große Aktionen gegen Neonazis in München, Verden und Dortmund

IDGR. Weit über 10.000 Demonstranten haben am 2. April 2005 in drei deutschen Städten gegen Neonazis demonstriert. In München und Verden richtete sich der Protest gegen Neonazi-Aufmärsche. In Dortmund wurde gegen rechtsextreme Gewalt demonstriert; hier hatte am Montag ein junger Neonazi einen Punk-er erstochen.

Mehr als 6.000 Demonstranten protestierten in München gegen den Neonazi-Aufzug, der vom führenden Aktivist der „Kameradschaft München“ und NPD-Mitglied Norman Bordin organisiert worden war. Die Rechtsextremisten hatten ihre Versammlung vorher vollmundig als „Großaufmarsch“ angekündigt; mit dem Auftritt mehrerer Rechtsrock-Gruppen wollten sie „München rocken“ und „zum Beben bringen“. Mit etwa 250 bis 300 Teilnehmern fiel die rechte Heerschau jedoch eher kläglich aus und blieb weit unter den

angemeldeten 500 Personen, die laut Ankündigung angeblich „aus dem gesamten Reichsgebiet“ anreisen sollten.

Im niedersächsischen Verden hatte die NPD zu einer Demonstration mobilisiert. Auch dieser Aufzug blieb mit etwa 200 Teilnehmern deutlich unter den Erwartungen der Rechtsextremisten, die mit 300 gerechnet hatten. Die Stadt Verden hatte zu einem Aktionstag gegen Rechtsextremismus unter dem Motto „Verden ist bunt – Nie wieder Faschismus“ aufgerufen; mehr als 100 Initiativen und Vereine hatten in der Innenstadt ein Programm aus Musikbeiträgen, Politik und Sport organisiert. Eine Gegendemonstration umfasste etwa 1.000 Personen. An dem Aktionstag in Verden beteiligten sich laut Radio Bremen etwa 5.000 Menschen.

In Dortmund (siehe Bild) hatten antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration gegen rechtsextreme Gewalt aufgerufen. Anlass war der Mord eines 17-jährigen Neonazis an einem Punk am Ostermontag. Die Zahl der zunächst angemeldeten 500 Teilnehmer wurde mit 2.100 (nach Polizeiangaben) weit übertroffen; die Veranstalter der Demonstration sprachen sogar von 4.000 bis 5.000 Demonstranten.

In Berlin-Schöneweide wurde am Samstag Abend laut einem Bericht bei „indymedia“ aus dem gleichen Anlass eine Spontandemonstration von etwa 100 Personen durchgeführt. Bereits in den vergangenen Tagen hatte es solche Protestveranstaltungen in Dresden, Stuttgart und Münster sowie im schweizerischen Bern gegeben.

Stark gekürzter Bericht aus: Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (idgr): www.idgr.de/news



Positive Bilanz der Ostermärsche

FRETZDORF (BRANDENBURG). Zwischen 6.000 und 10.000 Menschen beteiligten sich am Ostersonntag am traditionellen Ostermarsch in Fretzdorf, in der FREIen HEIDE, mehr als doppelt so viele wie im letzten Jahr. Wie bei den übrigen rund 60 Ostermärschen dieses Wochenende, waren neben dem Protest gegen Krieg und Militarismus auch Sozialabbau und die geplante EU-Verfassung Thema. Im Mittelpunkt beim Ostermarsch in der FREIen HEIDE stand natürlich der Widerstand gegen den geplanten Bombenabwurfplatz. Nach einer kurzen Demonstration wurde während der Kundgebung ein riesiger Schriftzug „No Bombs“ geformt. Hauptredner waren in diesem Jahr der Schauspieler Peter Sodan und Myrna Pagan und Xana Connelly, zwei Aktivistinnen von der Insel Vieques (Puerto Rico). Die beiden Frauen berichteten über ihren erfolgreichen Kampf gegen ein Bombodrom der US-Navy. Die Amis stellten den Übungsbetrieb auf Vieques 2002 ein.

<http://freieheidenews.blogg.de>

Stadt beteiligt sich an Aktionen der Mayors for Peace in New York

NEU-ISENBURG. Bürgermeister Oliver Quilling (CDU) lässt sich von zwei jungen Frauen bei der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages in New York vertreten. Wie berichtet, treffen sich dort Anfang Mai Mitglieder der Organisation „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden). Da Quilling nicht dabei sein kann, hatte die Stadt gemeinsam mit dem Gesprächskreis für Frieden und Demokratie und der Goetheschule einen Wettbewerb zum Thema Frieden veranstaltet. Die beiden Gewinnerinnen werden am 1. Mai in New York an der Friedensdemonstration sowie an anderen Aktionen der „Mayors for Peace“ teilnehmen und Sitzungen der UNO-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag beobachten. Die Stadt bezahlt die Flugtickets, der Gesprächskreis für Frieden und Demokratie hat für die Unterkunft gesorgt und einen Teil der Kosten durch Spenden gedeckt.

www.atomwaffenfrei.de

Der Kampf um Mitbestimmung

ERFURT. Rund 30 Aktive aus Gewerkschaften, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen diskutierten am 2./3. April in Erfurt über Perspektiven kollektiver Interessenvertretung. Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit hatte gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg Stiftung in Thüringen und dem bundesweiten Studierenden-dachverband fzs zum Seminar „Der Kampf um Mitbestimmung“ eingeladen. In allen Bereichen analysierte man einen Wandel im Selbstverständnis der jewei-

ligen Interessenvertretungen. „Anstatt umfassende politische Kompetenzen einzufordern, lässt man sich an Schulen, Hochschulen und im Betrieb oft zu einer Art KundInnenbeirat degradieren“, so eine Teilnehmerin. Ziel ist es nun, eine konstante, politische und inhaltliche Auseinandersetzung zum Thema Mitbestimmung in den Interessensvertretungen zu verankern. Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit soll dazu weiter geöffnet und gestärkt werden, um eine Plattform für die Diskussionen und gemeinsamen Kampagnen zu bieten. Ein erster Anknüpfungspunkt bietet sich im Rahmen des Ende Juli in Erfurt geplanten Sozialforums in Deutschland. www.fzs-online.org

Behinderte protestieren gegen Halbierung ihrer Einkommen

HAMBURG. In diesen Tagen hat der Hamburger Bürgermeister einen Protestbrief von rund 1.000 Menschen mit Behinderung erhalten. Sie wenden sich dagegen, dass die Sozialbehörde Anfang des Jahres ohne Ankündigung ihr ohnehin geringes Einkommen noch einmal erheblich gekürzt hat. Betroffen sind all jene Behinderten, die in Wohngruppen leben und in Werkstätten arbeiten. Bis zu 50% und mehr ihres Werkstatteinkommens, das im Durchschnitt bei 180 Euro liegt, müssen sie seit Januar abführen; was bleibt, geht für Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlung oder Hygieneartikel drauf. Hintergrund ist erstens die Verlagerung der rechtlichen Bestimmungen für behinderte Menschen aus dem Bundessozialhilfegesetz in das nun gültige Sozialgesetzbuch XII (SGB), die mit einschneidenden Verschlechterungen verbunden ist. Zweitens nahm die Sozialbehörde das zum Anlass, die in Hamburg geübte Praxis zu beenden: Bisher nämlich hat der Senat die schon bestehenden Möglichkeiten, Werkstatteinkommen für die Kosten der Wohngruppe heranzuziehen, nicht oder nicht in vollem Umfang umgesetzt. Appelle des Elternvereins „Leben mit Behinderung“, der Senat solle zu einer „vernünftigen Lösung“ zurückkehren, verhallen bislang ungehört. *Lokalberichte Hamburg*

„Deine Stimme gegen Armut“: „Millenniumserklärung erfüllen!“

BONN. Mit dem Aufruf „Deine Stimme gegen Armut“ drängen der Verband Entwicklungspolitik (VENRO), über 100 deutsche Nichtregierungsorganisationen (NRO), und Herbert Grönemeyer als Vertreter einer Gruppe prominenter Unterstützer seit dem 31.3.2005 die Bundesregierung, ihren Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung nachzukommen. Im September 2000 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs von 150 Ländern die „Millenniums-

erklärung“ der Vereinten Nationen – ein weitreichendes Programm zur Armutsbekämpfung. Insgesamt acht Ziele sollen bis 2015 umgesetzt sein.

Bisher ist dafür zu wenig passiert. 2005 gibt es zwei Termine, an denen die Chefs der wohlhabenden Staaten der Welt beweisen können, wie ernst es ihnen mit der Millenniumserklärung und einer Welt ohne Armut ist: Der G8-Gipfel von 6.–8. Juli 2005 und die UN-Konferenz vom 14.–16. September 2005.

Die Aktion versteht sich als Teil der internationalen Kampagne „Global Call to Action against Poverty“, in der bereits mehr als 60 Länder zusammengeschlossen sind. Überall und immer steht das „Weiße Band“ als Symbol für die weltweite Kampagne. Es wird am Handgelenk getragen, um den Arm geschlungen, um Gebäude gewickelt und bei weiteren Aktionen eingesetzt.

Ein Ziel in Deutschland ist es, dem Kanzler möglichst viele Postkarten mit ins Gepäck zu geben, wenn er im Juli zum G8-Gipfel nach Schottland und im September nach New York reist. Dort wird er über die bisherige Umsetzung der Millenniums-Ziele diskutieren. www.weltweite-aktion-gegen-armut.de

Vom 25.–29. April: Globale Aktionswoche „Bildung als Chance“

BERLIN. Die Globale Aktionswoche 2005 stellt die Bedeutung der Frauen und Mädchen für die Bekämpfung der weltweiten Armut in den Vordergrund. Sie ruft die Regierungen in aller Welt dazu auf, mehr für die Bildung, insbesondere von Mädchen und Frauen, in den Entwicklungsländern zu tun. Leider wird in diesem Jahr das erste Etappenziel aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, nämlich die Gleichstellung von Mädchen und Jungen bei den Einschulungsraten bis 2005, verfehlt werden. Wenn die Millenniumsziele nicht insgesamt in unerreichbare Ferne rücken sollen, müssen die Regierungen in Nord und Süd dringend handeln.

Mit der Aktion „Schick' meine Freundin/meinen Freund zur Schule“ werden hunderttausende Menschen rund um den Globus ihre persönliche „PapierfreundIn“ gestalten. Diese symbolisieren die über hundert Millionen Kinder, denen ein Schulbesuch verwehrt bleibt. Gleichzeitig werden SchülerInnen und Schüler auch mit PolitikerInnen sprechen und sie auffordern, sich verstärkt für das Bildungsziel zu engagieren.

www.bildungskampagne.org
Zusammenstellung: baf





Bericht von Europas größtem Schülerkongress basis '05 – 11. bis 13. März in Nürnberg

800 Schüler fordern bessere Bildung

Am Wochenende waren in Nürnberg 800 Schülerinnen und Schüler zusammengekommen, um zu diskutieren, sich fortzubilden und Forderungen zu stellen. Die Organisatoren ziehen Bilanz.

Die Schülerinnen und Schüler stellten unter anderem die Forderung, dass Bildung kostenlos sein müsse. Studiengebühren und Büchergeld lehnen sie ab. „Weitere finanzielle Belastungen der Schülerinnen und Schüler beziehungsweise der Studierenden sind nicht tragbar und verschärfen noch die Selektion, die schon in der vierten Klasse beginnt“, so Anna Metzker.

„Es ist uns ein Anliegen, dass das Recht auf Bildung jedem und jeder zugestanden wird.“

Auch das Schulsystem kritisieren die Schüler. Sie schlagen „Eine Schule für Alle“ vor. Das bedeutet, dass die Auslese nach der vierten Klasse abgeschafft wird und alle Schüler gemeinsam bis zur 10. Klasse dieselbe Schule besuchen. „Mit dieser Forderung treten wir dafür ein, dass das Hauptaugenmerk im Schulsystem nicht mehr darauf liegt die Schüler in eine von drei Schubladen zu stecken, sondern darauf, für die Schüler da zu sein. Die Schule muss für jeden Schüler und für jede Schülerin verantwortlich sein und darf niemanden abschieben, wie das derzeit der Fall ist“, meinte Annas Metzker hierzu.

Eine dritte Forderung steht

kurz vor der Verwirklichung: Auf dem Kongress verkündete Kultusstaatssekretär Karl Freller, dass der geforderte LandesschülerInnenrat (LSR) möglichst bald installiert werde und diskutierte sein Konzept mit den Schülerinnen und Schüler. Mit ihrer Kritik will er sein LSR-Konzept weiterentwickeln. Die LSV hatte davor ihr Konzept (www.lsv-by.de/lsv) vorgestellt. Anna Metzker: „Wir erhoffen uns nun vom Kultusministerium, dass gehandelt wird und dass die Versprechungen und Anregungen nicht einfach verworfen werden.“

Wir dokumentieren die 3 Beschlüsse:

Eine Schule für alle!

Täglich werden wir Schülerinnen und Schüler mit den Mängeln konfrontiert, die unser Schulsystem aufweist. Hier fällt vor allem die frühe Selektion auf. Schon nach der vierten Klasse werden wir in ein vermeintliches „Gut-Mittel-Schlecht-System“ eingegliedert, das maßgeblich unseren weiteren Lebensweg bestimmt. Auch die starke Durchlässigkeit, die unser Schulsystem nach unten hin aufweist, trägt nicht dazu bei, die soziale Selektion aufzuheben, die durch die Dreigliedrigkeit hervorgerufen wird. Viele werden im Laufe ihrer Schulzeit in eine „niedrigere“ Schulart abgeschoben, doch nur wenigen gelingt der Sprung in die nächst höhere „Bildungsstufe“. Durch diese schwache Durchlässigkeit nach oben kann unser Schulsystem keine Förderung, sondern lediglich eine Auslese nachweisen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Gleichmacherei, die innerhalb dieses Schulsystems geschieht. Hat man sich erst einmal für eine Schulart entschieden, wird jeder Schüler, ohne Rücksicht auf persönliche Stärken und Schwächen, gleich behandelt: Noten werden als eine Art Druckmittel eingesetzt und die eigenen Fähigkeiten in eine Skala von 1 bis 6 eingeteilt. So haben Kinder und Jugendliche immer wieder das Versagen vor Augen.



Eine Schule, die mit Aussortieren droht, behindert das Lernverhalten. Doch auch die passive Vermittlung der bereits vorgegebenen Lerninhalte führt dazu, dass die SchülerInnen nicht beginnen, selbstständig zu lernen und eigene Interessen an bestimmten Themenbereichen zu entwickeln.

Welches Schulsystem ist nun ideal für uns? Ein funktionierendes Schulsystem verlangt die individuelle Förderung eines jeden Schülers in einer Schule, die alle besuchen. Wir stellen uns vor, dass Schule als ein Angebot gesehen wird, welches Schüler und Schülerinnen gern nutzen. „Eine Schule für alle“ bedeutet: Alle Kinder besuchen bis zum Ende der Pflichtschulzeit die gleiche Schule, an welcher sie entsprechend ihren Fähigkeiten ausgebildet und individuell gefördert werden. Durch gemeinsamen Unterricht bis zu einem ersten Schulabschluss hin wird nicht nur die Integration, sondern auch die individuelle Förderung der Schüler garantiert. „Eine Schule für alle“ ist in unseren Augen die Ideallösung, da sie alle Faktoren, welche ein Schulsystem zu erfüllen hat beinhaltet

Kostenlose Bildung muss sein!

Das Recht auf Bildung steht jedem/jeder BayerIn zu. Dies ist im BayEUG festgelegt. Das hierzu nicht nur der Schulbesuch an sich zählt, sondern auch der Besuch einer Universität und die Lehrmittel, sollte klar sein. Jedoch wird in der Zeit des Sparwahns auch über die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, welche bisher als unantastbar galt und über die Einführung von Studiengebühren nachgedacht.

Doch genau dies ist, aus Sicht der Landeschülervertretung Bayern e.V., eine soziale Ungerechtigkeit. Das bayerische Schulsystem sortiert bereits jetzt sehr stark aus. Jedoch nicht nur nach Begabung oder Noten, sondern auch nach sozialer Herkunft. Dies geschieht selbstverständlich nicht mit Absicht, doch trotz allem ist die Chance, dass ein Kind einer AkademikerInnenfamilie einen hohen Bildungsabschluss erreicht, zehnmal so hoch wie bei einem Kind aus sozial schwachen Verhältnissen. Dies würde bei der Einführung eines Büchergeldes, auch wenn dieses mit einer sozialer Komponente ausgestattet ist, weiter verstärkt werden.

Auch das Argument, dass Schüler auf Bücher, die sie bezahlt haben, besser aufpassen, trifft nicht zu, denn die Erfahrung zeigt, dass man auch auf Arbeitsblätter, für die die Eltern der Schüler bis zu 20 Euro Kopiergeld im Jahr zahlen, keinesfalls besser aufpasst, sondern diese nach einiger Zeit ganz einfach entsorgt werden. Nach Rechnung

des Kultusministeriums sollen 16 Millionen Euro durch die Einführung eines Büchergeldes eingespart werden. Ein Großteil dieser Kosten wird aber wohl für die Verwaltung der Gelder verwendet werden müssen, so dass bloß ein kleiner Teil übrig bleibt. Außerdem plant das Kultusministerium mit Einführung des Büchergeldes auch, große Teile der Finanzmittel, die für den Erwerb neuer Bücher vorgesehen sind, zu streichen. Außerdem muss man damit rechnen, dass es nicht bei 40 Euro bleiben wird, denn ein Schulbuch kostet ca. 35 Euro, das heißt man könnte jährlich 1,1 Bücher kaufen. Ein Schüler der 9. Klasse am Gymnasium hat aber mindestens 14 Fächer. Man nehme an, es werde nun tatsächlich pro Jahrgang ein neuer Satz Bücher für ein Fach gekauft. Dann müsste man 13 Jahre lang warten, bis man wieder einen neuen Satz Bücher kaufen kann. So wird sich an der Aktualität der Bücher im Gegensatz zu jetzt rein gar nichts ändern, eher im Gegenteil: Die Bücher bleiben noch länger im Schulbetrieb.

Studiengebühren würden soziale Ungerechtigkeit ebenfalls weiter verstärken, obwohl an Bayerns Unis sowieso größtenteils EliteabiturientInnen zu finden sind, da der erforderliche Numerus Clausus nur noch von wenigen erreicht wird. Bei Einführung von Studiengebühren würde es wohl so kommen, dass ein Großteil der bayerischen StudentInnen, welche sowieso nicht ausreichend sind für Bayerns Verbrauch, was man daran sieht, dass jährlich AkademikerInnen aus anderen Bundesländern importiert werden, in Bundesländer oder Nachbarländer abwandern würde, in denen es noch keine Studiengebühren gibt oder sie zumindest bessere Angebote vorfinden. Somit wäre wieder mehr Förderung von Seiten des Staates nötig und der angedachte Einspareffekt bleibt aus.

Wir wollen endlich richtige Mitbestimmung!

Im Arbeitskreis LandesschülerInnenrat wurde mit Kultusstaatssekretär Freller über eine Einführung einer landesweiten SchülerInnenvertretung in Bayern diskutiert.

Der Landesschülerrat setzt eine Gleichberechtigung aller Schularten voraus. An jeder Schule werden neben den Schülersprechern zwei Delegierte in einen Stadt-/ Kreisschülerrat gewählt. Dieser Stadt-/ Kreisschülerrat wird die Aufgaben der jetzigen Bezirke übernehmen. Doch auf kleinerer Ebene ist eine viel bessere Zusammenarbeit an der Basis und zwischen den Schulen möglich. Aus diesen Stadt- und Kreis-

schulerräten werden wiederum Delegierte für die Landesschülerkonferenz (LSK) gewählt. Aus dem Gremium der Landesschülerkonferenz wird ein mehrköpfiger Vorstand gewählt, der nach Möglichkeit aus Vertretern aller Schularten bestehen soll. Der Vorstand wird die Beschlüsse und Meinungen in der Öffentlichkeit vertreten und ist für die Koordination in der LSK und die Informationsweitergabe (bis an die Schulen) verantwortlich.

Die Schwerpunkte des Landesschülerrats sind:

- Anhörungsrecht vor bildungspolitischen Entscheidungen im Landtag (vor der Anhörung muss die LSK getagt haben)
- Alle Schularten: jedem Schüler muss die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst zu vertreten
- Informationsweitergabe und Informationsrecht: Informationen vom Vorstand müssen bis an die Schulen gelangen
- Die SV-Arbeit muss auf Stadt-/Kreisebene stattfinden, um direkten Kontakt zu den Schulen zu haben. Schülerengagement darf nicht nur auf einzelnen Personen abgeladen werden, sondern vielen Schülerinnen und Schüler kann auf regionaler Ebene die Möglichkeit gegeben werden, sich für Schule einzusetzen.
- Autonomie für die Stadt-/Kreisschülerräte: Eigene Sitzungs- und Arbeitsgestaltung; Satzung wird von der LSK festgelegt.

Wieso haben wir uns für diese Form des Landesschülerrats entschieden? Wir sind gegen eine rein gymnasiale Schülervertretung, denn jeder Schüler von jeder Schulart ist in der Lage sich selbst vertreten. Die Arbeit auf Stadt- und Kreisebene ist viel sinnvoller, denn im Gegensatz zu großen Bezirken kann die Arbeit effektiver, zielgerichteter und persönlicher gestaltet werden. Aufgrund der Vielfalt an Schularten können gemeinsame Ziele verfolgt werden, jedoch auch schulartspezifische Themen werden in eigenen Arbeitsgruppen nicht zu kurz kommen. In dieser Form des Landesschülerrats sind uns die unter "Schwerpunkte" genannten Aspekte gesichert und wir müssen nicht, wie viele Landesschülervertretungen, einen Aufgabenkatalog erfüllen, der uns daran hindert, mit allen Möglichkeiten Schülerinnen und Schüler zu vertreten.

Die Umsetzung

Die Organisation der Stadt-/Kreisschülerräte soll von den Schülern der jeweiligen Städte/Kreise übernommen werden. Diese sind dafür verantwortlich, dass Tagungen und Treffen durchgeführt werden können und Möglichkeiten zum Beispiel für Postverschiekungen gegeben werden. Die Finanzierung kann großteils von dem Etat der Bezirksaussprachetagungen übernommen werden. Diese werden nicht mehr fest etabliert stattfinden, sondern nur noch auf Initiative einiger Städte/Kreise oder zu wichtigen bezirksweiten Anlässen.

www.basis-05.de

Erhalt des Sozialen Zentrums! NORDERSTEDT. Am 2. April haben in Norderstedt fast 500 Menschen für den Erhalt des von Schließung und Abriss bedrohten Sozialen Zentrums (SZ) demonstriert. Angesichts der unerwartet hohen Zahl von TeilnehmerInnen verkündete eine Sprecherin unter anderem den „Beginn der heißen Phase des Kampfes um das SZ“ und drohte Bürgermeister Hans-Joachim Grote (CDU) mit Aktionen und Besetzungen für den Fall, dass seine Partei an den Abrissplänen festhält. Nachdem die



Stadt weiterhin Verhandlungen über einen neuen Mietvertrag kategorisch ablehnt, wollen die AktivistInnen des SZ nun massiven Druck auf der Straße machen, um eine Räumung noch zu verhindern. Angesichts der Proteste sprach sich Baudezernent Thomas Bosse im lokalen Fernsehsender „Noa4“ am Donnerstag erstmals öffentlich für den Erhalt des Zentrums aus. Allgemein wird in Norderstedt dennoch mit einer überaus harten Linie der Stadtverwaltung und v.a. Bürgermeister Grotes gerechnet.

www.infoarchiv-Norderstedt.org

ALG II für Wohnungslose in voller Höhe! FRANKFURT. A.M. Die PDS-Fraktion im Römer erklärt zu einem entsprechenden Antrag: Die Stadt München kürzt die Regelleistungen für Obdachlose nach dem SGB II mit der Begründung, dass in der Regelleistung anteilige Sätze für Haushaltsstrom, kleinere Hausratsbeschaffungen und ähnliches vorgesehen seien, die Obdachlose nicht aufzuwenden hätten. Die Stadt Köln zahlt hingegen an Wohnungslose den vollen Regelsatz nach SGB II aus und hält die Kürzungspraxis der Stadt München für bedenklich: „Einsparungen bei Haushaltsstrom und kleineren Hausratsanschaffungen stehen Mehraufwendungen in einer teureren Lebensführung auf der Straße (keine sparsame Lebensmittelhaltung/Vorräte, Essenskauf an Kiosk, etc.) entgegen.“ Das Sozialgericht Kassel hat diese Rechtsauffassung in einem aktuellen Urteil (Az.: S 20 AS 3/05 ER) gegen die ARGE Arbeitsförderung Nord bestätigt: „Die Antragsgegnerin war nicht berechtigt, dem Antragsteller lediglich eine geminderte Regelleistung auszus zahlen. (...) Sonstige Möglichkeiten einer Reduzierung des Regelsatzes des § 20 SGB II existieren nicht. (...) Das Verhalten der Antrags-

gegnerin ist daher rechtswidrig.“ www.pds-im-roemer.de

Vorschläge für Hinzuverdienst sind schwarz-rote Mogelpackung: BERLIN. SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärt: Der Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Hinzuverdienstregelung für Empfänger von Arbeitslosengeld II ist keine wirkliche Verbesserung. Die Union will den Erwerbstätigenfreibetrag von 15 Prozent des bereinigten Einkommens auf 30 Prozent erhöhen. Vom Bruttolohn soll statt der individuellen Mehraufwendungen für die Jobaufnahme (Fahrtkosten, Versicherungen, Sozialversicherungsbeiträge etc.) künftig ein pauschaler Betrag von 100 Euro abgezogen werden. Nach dem Unionsvorschlag bleiben für einen Arbeitslosengeld II-Bezieher nur 30 Euro mehr übrig. Das ist viel zu wenig. Ein Teil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger würde sogar schlechter gestellt. Dies gilt für diejenigen, deren Fahrtkosten und sonstige Ausgaben für den Job höher sind als der 100-Euro-Pauschbetrag. Die Union stellt ihren Vorschlag so dar, als ob die Arbeitslosen die ersten 100 Euro behalten dürften. Dies ist irreführend. Denn der Pauschbetrag soll schließlich die Mehrausgaben für die Jobaufnahme abdecken. Auch die Überlegungen des Wirtschaftsministeriums, wonach die ersten 100 Euro anrechnungsfrei bleiben sollen, berücksichtigen diese Mehrausgaben nicht. Diese schwarz-rote Mogelpackung lehnen wir ab. Wir fordern einen Grundfreibetrag von 240 Euro. Ein Arbeitsloser könnte dann 240 Euro seines Zuverdienstes behalten.

www.sovd-bv.de

„Bolkesteinrichtlinie“ abgelehnt: GÖTTINGEN. Der PDS-Fraktion im Rat der Stadt Göttingen ist es gelungen, in der jüngsten Sitzung des Rates mit ihrem Antrag gegen die geplante Dienstleistungsrichtlinie („Bolkesteinrichtlinie“) einen wichtigen Impuls gegen Lohndumping und weitere Benachteiligungen von Kommunen in ganz Europa – und so auch von Göttingen – zu geben. Mit der einstimmigen Zustimmung aller im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen drückten die VertreterInnen ihre Sorge und Befürchtungen aus, dass es für Beschäftigte aus dem südniedersächsischen Oberzentrum zu großen Einschnitten in Lohnfragen, Standards und Beschäftigungsverhältnissen kommen könnte. „Mit diesem Beschluss ist die Stadt Göttingen Vorreiterin im Protest gegen die Auswirkungen dieser neoliberalistischen Richtlinie“, so Fraktionsvorsitzender Patrick Humke.

www.pds-goettingen.de
Zusammenstellung: ulj

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Schattenbericht 2005 wollen wir die dunklen Seiten von DaimlerChrysler ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Wir informieren Sie, Ihr Paul Russmann

„Entrüstet Daimler 2005“: Kritische AktionärInnen DaimlerChrysler, DFG-VK Landesverband Ba.-Wü., Ohne Rüstung Leben, Pax-Christi Rottenburg-Stuttgart, RüstungsInformationsBüro. März 2005

Bruchlandung

Vision der Welt AG gescheitert!

Die Bilanz von Jürgen Schrempp nach zehn Jahren als Vorstandsvorsitzender: Seine Vision von der „Nummer 1“ aller Autokonzerne ist gescheitert! Die Folgen der gescheiterten Vision – vor denen die Kritischen AktionärInnen immer wieder gewarnt haben – tragen die Belegschaften und die AktionärInnen. Der Börsenwert wurde halbiert, der Aktienkurs sank zwischen 1999 und 2004 auf ein Drittel, die Beschäftigtenzahl wurde von 466.938 auf 384.723 gesenkt. Im Januar 2004 wurde Jürgen Schrempp von der Zeitschrift Business Week zum „Worst Manager of the Year“ gewählt.

DaimlerChrysler und seine Beteiligungsgesellschaften sind zum Gemischtwarenladen verkommen, in dem heute überdimensionierte Maybach- und defizitäre Smart-Mobile, unattraktive Mitsubishi- und qualitätsgeminderte Mercedes-Fahrzeuge, menschenverachtende Minenverlegesysteme und völkerrechtswidrige Atomwaffenträger hergestellt werden. Und während die Produktionszahlen bei Mercedes heruntergefahren werden, steigt die Daimler-Beteiligungsgesellschaft EADS mit dem Eurofighter und dem Militärtransporter A 400 M zu einem der führenden Rüstungsproduzenten auf.

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Konzentrieren Sie sich in Zukunft auf die Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher Fahrzeuge!

Totalschaden:

UNICEF verweigert Zusammenarbeit!

Zu Beginn der Hauptversammlung 2004 behauptete der Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper, dass DaimlerChrysler mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zusammenarbeitet. Im Verlauf der Versammlung erklärte der Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp, dass DaimlerChrysler nicht auf der „Schwarzen Liste von UNICEF“ stehe und seit Juli 2003 wieder mit UNICEF kooperiere.

Diese Aussagen entsprechen nicht der Wahrheit. In einer uns vorliegenden Erklärung von UNICEF-International Genf wird festgestellt, dass UNICEF derzeit DaimlerChrysler wegen seiner Eigentümerstellung bei der EADS und dadurch auch bei der RTG-Euromuni-

Schattenbericht 2005: „Die dunklen Seiten von Daimler-Chrysler ans Licht bringen“

tion weder als Partner noch als Verbündeten betrachtet. Diese klare und eindeutige Antwort basiert auf Ziffer 6 der „UNICEF Guidelines and Manual for working with the business community“. Darin heißt es, dass eine Zusammenarbeit mit einem Unternehmen, welches sich im Bereich der Rüstung und Waffenproduktion engagiert, ausgeschlossen ist.

Die Kritischen AktionärInnen fordern Jürgen Schrempp auf: Sagen Sie den AktionärInnen die Wahrheit, dass UNICEF keine Partnerschaft und kein Bündnis mit DaimlerChrysler will, solange der Konzern Rüstungsgüter produziert und exportiert!

Umsteigen

Entrüsten Sie Daimler, Herr Schrempp!

Andere bauen Autos. DaimlerChrysler baut Autos und Waffen. Daimler ist mit 30,8 Prozent Hauptaktionär der EADS, die weltweit der siebtgrößte Rüstungskonzern ist. In Zukunft soll der Umsatz im Rüstungsgeschäft mit Atomwaffenträgern, Kampfbombern und Minenverlegesystemen von 8 auf 10 Milliarden Euro gesteigert werden. In China, Japan und Südkorea will die EADS eigene Fabriken aufbauen; damit können die deutschen Gesetze und die europäischen Richtlinien zum Rüstungsexport leichter umgangen werden.

Aber auch über die Marke Mercedes ist der Konzern im Rüstungssektor tätig: Mercedes-Benz zählt zu den führenden Anbietern militärischer Fahrzeuge wie z. B. Militär-Unimogs, die auch an Diktaturen, so in den Irak oder in den Sudan, geliefert wurden.

„Rüstungsexport dient,“ so die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, „dem Profit weniger, vor allem in den Industriegesellschaften, aber auch dem Profit der Mächteliten der Südhalbkugel der Erde ... Rüstungsexport steht einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Südhalbkugel unserer Erde und einem Ausbrechen aus der Schuldenkrise im Wege.“

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Entrüsten Sie Daimler, Herr Schrempp!

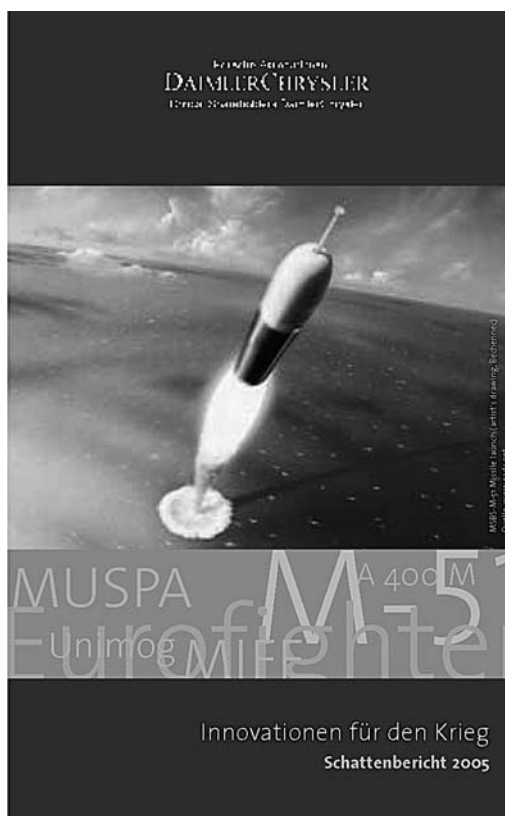
Aussteigen

Atomwaffen- und Minentechnologie!

Daimler ist mit 30,8 Prozent Hauptaktionär der EADS, die zum Jahresende 2004 vom französischen Verteidigungs-

ministerium einen Auftrag über neue Trägerraketen für Atomsprengköpfe erhalten hat. Diese sollen ab 2010 auf vier französischen Atomwaffen-U-Booten stationiert werden. Mit der Produktion trägt Daimler-EADS zu einem neuen atomaren Wettrüsten bei. Der Konzern verstößt damit gegen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes, das die Entwicklung neuer Atomraketen als „generell völkerrechtswidrig“ bezeichnet hat.

Obwohl der Vorstand behauptet, die Minen MIFF und MUSPA würden seit 1994 nicht mehr produziert, bot die EADS-Beteiligung RTG-Euromunition sie noch im Januar 2005 unter den Namen PAAS und PATS im Internet an.



Laut Auskunft der RTG-Euromunition wurde auf Grund von Protesten die Internetseite jedoch im Februar 2005 gesperrt (sic!). Den Begriff „Mine“ suchte man bei den Herstellerangaben allerdings vergeblich. Vor einigen Jahren war das noch anders: In einer Werbeanzeige hieß die MIFF noch „Mine-Flach-Flach“ und die MUSPA „Splitter-Flächensperre“.

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Steigen Sie aus der Atomwaffen- und Minentechnologie aus!

Aktiv werden

Übertragen Sie uns Ihr Stimmrecht!

Den Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler geht es um eine Unternehmenspolitik, die sich am Allgemeinwohl orientiert. Es geht uns um die globale Verantwortung des DaimlerChrysler-Konzerns in den Bereichen Rüstungsproduktion und -export, Umweltschutz und Mobilität, soziale Standards und bei Geschäften mit Diktaturen.

Wenn Sie uns unterstützen wollen, haben Sie folgende Möglichkeiten:

Wenn Sie bis zum Ende der Hauptversammlung bleiben: Stimmen Sie für unsere Gegenanträge auf Nichtentlastung von Aufsichtsrat und Vorstand und für unsere Aufsichtsratskandidatin Marion Struck-Garbe!

Wenn Sie die Hauptversammlung vorzeitig verlassen: Übertragen Sie Ihr Stimmrecht an eine unserer SprecherInnen.

Wenn Sie uns finanziell unterstützen wollen: Überweisen Sie eine Spende auf das Konto von Ohne Rüstung Leben, Kto. Nr. 111 833-700 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Stichwort: Kritische AktionärInnen DaimlerChrysler.

Als Fachkraft für die notwendige Kompetenzerweiterung im Aufsichtsrat von DaimlerChrysler schlagen wir zur Wahl folgende Kandidatin vor: Marion Struck-Garbe, 57 Jahre, Diplom-Sozialwirtin, Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg, Vorstandsvorsitzende im Pazifik Netzwerk, Referentin für Frieden und Umwelt bei Greenpeace e.V.

Unterstützen Sie unsere Kandidatin für den Aufsichtsrat mit Ihrer Stimme!

Ausgebremst

Frauen in Vorstand und Aufsichtsrat!

In der Studie der „Corporate Women Directors International“ vom Oktober 2004 wird DaimlerChrysler kritisiert, weil keine Frauen in Aufsichtsrat oder Vorstand vertreten sind und nur 5,8 Prozent der Führungspositionen bekleiden. DaimlerChrysler bildet damit das beschämende Schlusslicht im internationalen Vergleich der 200 größten Unternehmen. Zum Vergleich: Bei der Deutschen Post beträgt der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat 30 Prozent, bei der MetroAG und auch bei der Deutschen Bank jeweils 25 Prozent.

Der geringe Frauenanteil in Führungspositionen ist umso unverständ-

licher, da der Vorstand gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat im Jahr 2001 eine „Erklärung zur Förderung der Chancengleichheit“ verfasst und sich konkrete Ziele bis zum Jahr 2005 gesetzt hat. Der Anteil der Frauen in Führungsfunktionen in den Ebenen 1 bis 4 sollte von 5,7 Prozent im Jahr 2001 auf 8 bis 12 Prozent im Jahr 2005 erhöht werden. Tatsächlich wurde eine Erhöhung um 0,1 Prozent erreicht! Was ist aus den „Career Workshops for Top Women Graduates“ geworden, zu denen sich allein im Jahr 2002 rund 675 interessierte Frauen aus aller Welt angemeldet haben?

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Sorgen Sie dafür, dass die Selbstverpflichtungen aus der „Erklärung zur Förderung der Chancengleichheit“ umgesetzt werden!

Fehlendes Fairplay

Standorte gegeneinander ausgespielt!

Im Juli 2004 hat die Unternehmensleitung versucht, die Arbeitnehmer in Sindelfingen, Untertürkheim, Bremen und Südafrika gegeneinander auszuspielen. Die Misswirtschaft des Vorstandes durch die jahrelangen Investitionen zur Sanierung von Chrysler und durch die Fehlbeteiligung an Mitsubishi Motors müssen jetzt die Beschäftigten ausbaden.

Jürgen Schrempp pries in seiner Rede zur Hauptversammlung 2003 die „Erfolgsfaktoren“ von Daimler-Chrysler. Vor allem eines sei wichtig: „Teamgeist. Und da freut mich besonders, dass ich im gesamten Unternehmen ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit und eine sehr gute Stimmung spüre.“

Wer dann mit der unbezahlten Verlängerung der Arbeitszeit, der Kürzung des Weihnachtsgeldes, der Ausweitung der Leiharbeit, kürzeren Taktzeiten in der Montage, dem Samstag als Regelarbeitstag, der Streichung von Pausen und vielem mehr droht, lässt diese hochtrabenden Worte Makulatur werden. Nur dank der massiven Protestaktionen der Belegschaften konnten einige Abschwächungen in den geplanten Einschnitten erreicht werden.

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Setzen Sie nicht weiterhin durch den Abbau sozialer Standards die Motivation und Kreativität der Belegschaften aufs Spiel!

Einsteigen

2-Liter-Auto und Hybrid-Antrieb!

Der Kraftstoffverbrauch der Pkw-Flotte ist mit durchschnittlich 7,35 Liter viel zu hoch. Seit 1996 fordern wir die Einführung neuer Technologien als Beitrag zur Halbierung des Flottenverbrauchs. Doch die Pläne für ein 2-Liter-Auto liegen auf Eis. Und während Mitbewerber wie z. B. Toyota Hybrid-Antriebe erfolgreich verkaufen, hat DaimlerChrysler erst im Dezember 2004 mit General

Motors eine Übereinkunft geschlossen, um „eine gemeinsame Hybrid-Antriebs-Architektur zu entwickeln“. Das im Geschäftsbericht 2004 erklärte Ziel, „beim Schutz der Umwelt als Technologieführer eine Spitzenposition“ einzunehmen, wurde weitgehend verfehlt.

Die zunehmende, weltweite Motorisierung mit der bestehenden Produktpalette und deren Kraftstoffverbrauch führt zu einer Zunahme des Treibhauseffektes, nicht nur in den „Schwellenländern“ des Südens, sondern auch in den ärmsten Ländern des Südens. Die bisherigen („benzinfressenden“) Modelle tragen auch zu einer schnelleren Verknappung und Verteuerung des Rohstoffs Erdöl bei. Dies könnte dazu führen, dass Konflikte um die Ressource Erdöl (militärisch) eskalieren.

Die Kritischen AktionärInnen fordern von Jürgen Schrempp: Bringen Sie das 2-Liter-Auto auf den Markt und tragen Sie Sorge dafür, dass der Flottenverbrauch halbiert wird!

Ziel erreicht

Rußpartikelfilter serienmäßig eingebaut!

Als „längst überfälligen Schritt nach jahrelanger Blockade“ und mit „herzlichen Glückwünschen zur verspäteten Einsicht“ kommentierten die Kritischen AktionärInnen die Ankündigung von Mercedes Car Group-Chef Eckhard Cordes, ab Sommer 2005 alle Dieselpkw von Mercedes-Benz serienmäßig ohne Aufpreis mit Rußpartikelfiltern auszustatten. Noch auf der letzten Hauptversammlung hatte der Vorstand die serienmäßige Einführung dieser innovativen Technologie wiederholt abgelehnt.

Die Kritischen AktionärInnen fordern bereits seit fünf Jahren die Einführung von Rußpartikelfiltern in alle Dieselpkw. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes sterben jährlich zwischen 10.000 und 19.000 Menschen allein in Deutschland an Dieselausgasen. Eingebaute Filter können die tödlichen Rußpartikel in den Abgasen drastisch reduzieren und die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland um ein bis drei Monate verlängern.

Die Kritischen AktionärInnen weisen jedoch darauf, dass die serienmäßige Einführung zunächst nur auf Deutschland, die Niederlande, Österreich und die Schweiz beschränkt bleiben soll.

Die Kritischen AktionärInnen fordern Jürgen Schrempp auf: Lassen Sie serienmäßig Rußpartikelfilter ohne Aufpreis nicht nur in einigen Ländern, sondern weltweit einbauen!

Impressum: „Entrüstet Daimler 2005“, c/o Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, orl-russmann@gaia.de, www.kritischeaktionae-re.de. „Entrüstet Daimler 2005“ wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und vom Katholischen Fonds finanziell unterstützt.

Dienstleistungsrichtlinie wird geändert. HB, Fr./Sa., 24./25.3.

EU-Parlamentarier gehen davon aus, dass Listen von Berufsgruppen aufgestellt werden, bei denen das „Herkunftslandprinzip“ nicht gelten soll, und dass die Richtlinie erst 2006 verabschiedet wird. Das Echo der Wirtschaftsverbände ist geteilt. Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, M. Wansleben kritisierte die geplante grundlegende Überarbeitung der Richtlinie. Der Binnenmarkt könne nur vollendet werden, „wenn Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit keine Worthülse bleiben“. Dagegen erklärte der ZDH (Deutsches Handwerk), im Gegensatz zum Herkunftslandprinzip müssten am Arbeitsort die jeweiligen nationalen Standards gelten. Der ZDH begrüße die Überarbeitung der EU-Richtlinie.

Wirtschaft lobt Ergebnisse des „Jobgipfels“ von Regierung und Opposition.

Eine Auseinandersetzung über die ökonomischen Wirkungen der vereinbarten Senkung der Unternehmenssteuern sei zwar notwendig, so BDI-Hauptgeschäftsführer K. Bräunig, „aber daran darf das Ding nicht scheitern, das kann sich Deutschland nicht leisten“. DIHK-Steuerexperte J. Schwenker betonte, bis auf die höhere Mindeststeuer seien die Steuerpläne sehr positiv zu bewerten.

BDI fordert Privatisierung der EU-Verteidigungsindustrien. HB, Mi, 30.3.05.

„Die Überführung der Verteidigungsindustrien in private Strukturen ist der größte Beitrag zur Belebung der Rüstungsmärkte“, so K. Bräunig, BDI. Hintergrund der Äußerung sind die Anstrengungen der sechs größten EU-Rüstungsnationen: Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Schweden, die gesamte wehrtechnische Zusammenarbeit der EU-Staaten stärker zu koordinieren, weil Europas Rüstungsindustrie von der starken US-Konkurrenz erdrückt zu werden droht. Der inzwischen ausgeschiedene EU-Binnenmarktkommissar F. Bolkestein hatte ein Diskussionspapier vorgelegt, das für Rüstungsgeschäfte in der EU transparentere Regeln anstrebt. Allerdings droht nun ein Konflikt, weil die osteuropäischen EU-Mitglieder bei der Festlegung des Verhaltenskodex mitbestimmen wollen.

Gezielte Ostförderung oder Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft? HB, Fr./Sa., 1./2.4.05.

Während Bundesbauminister M. Stolpe für eine Konzentration der Ostförderung auf Schwerpunktregionen plädiert, sprechen sich Wirtschaftsminister W. Clement und BDI-Präsident J. Thumann für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in ganz Deutschland für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen aus. *Presseauswertung: rst*

Eine offene Flanke in der Abwehr der faschistischen Propaganda

Anlässlich der Nazi-Aktionen, die den sechzigsten Jahrestag der Niederlage Nazideutschlands in Aufbruchstimmung begehen wollen, haben sich, besonders nach irritierten Reaktionen des Auslandes, Bündnisse zur Abwehr der Gefahr gebildet. Nicht nur antifaschistische Organisationen, Gewerkschaften, Studentenvertretungen, auch die Kirchen und die Parteien beteiligen sich. Es kommt zu einer Diskussion der Aussagen, die antifaschistische Kräfte verbinden und eine Grenze zu den Nazis sichtbar machen. Die Kritik an den Nazis erzeugt auf diesem Wege parteiübergreifende Gemeinsamkeiten. Es entstehen Dokumente, die parteiübergreifende programmatische Aussagen zur Bewertung der Nazizeit und ihrer politischen Folgen enthalten.

Wir haben drei solche Dokumente herausgesucht (siehe Kasten: Drei Resolutionen), die belegen, wohin die Debatte geführt hat. In allen Fällen hat die PDS den Texten zugestimmt. Die Argumentation geht in den Resolutionen aus Berlin und Köln ausdrücklich, in der Münchner unausgesprochen auf den Argumentationsschatz der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zurück, deren Kirchentag Richard von Weizsäcker von 1964 bis 1970 präsidierte, ehe er eine politische Laufbahn einschlug, die ihn bis ins Amt des Bundespräsidenten führte. In dieser Funktion hielt Weizsäcker vor 20 Jahren, zum 40. Jahrestag der Niederlage der Faschisten eine Rede vor dem Deutschen Bundestag, in der Verbrechen der Nazis benannt werden und der Untergang des Dritten Reiches als Befreiung bezeichnet wird. Dem können nun Nazis und Rechtsextreme nicht zustimmen, und so gesehen eignet sich der Text gut, um einen Keil zwischen die christlichen Konservativen und die nationale Rechte zu treiben.

Der Text aus München redet angelegentlich der Kriegsfolgen vom „Unrecht der Vertreibung“, ebenso der Text aus Berlin. Der Text aus Köln, der sich wie der aus Berlin ausdrücklich auf die oben genannte Weizsäcker-Rede bezieht, enthält eine solche Aussage zum Glück nicht.

In München hat die PDS-Stadträtin versucht, besagte Feststellung aus dem Antragstext zu entfernen, und dabei feststellen müssen, dass nicht nur die CSU, sondern auch die anderen Parteien nicht verzichten wollen. Den Berliner Text hat der PDS-Vorsitzende Bisky abgezeichnet, denkbaren Kritiken baut er mit dem Vorhalt des Sektierertums vor.

Die Formel vom Unrecht der Vertrei-

bung hat eine große praktische Bedeutung. Sie richtet sich gegen die Nachkriegsordnung. In Kern geht es um den Potsdamer Vertrag, der Umsiedlungen vorsah und die deutsche Gesellschaft in den Besatzungszonen verpflichtete, die Ausgesiedelten, die durchweg deutsche Staatsbürger waren, aufzunehmen. Hat dieser Vertrag eine neue rechtliche Lage geschaffen oder bemäntelt er nur einen gewalttätigen Unrechtsakt damals übermächtiger Sieger? An Hand der Zitate aus der Weizsäcker Rede, die in den Texten aus Berlin und Köln Eingang finden, hätte man hoffen können, dass der BRD-Bundespräsident im Jahre 1985 eine derartige Feststellung vermieden hätte. Aber leider ist das nicht der Fall.

Weizsäcker spricht sogar von „schwersten Unrecht“ von „widerstrebenden Rechtsansprüchen“, denen das „Verständigungsgebot“ überzuordnen sei. Verständigungsgebot hört sich ja sehr gut an. Aber was heißt das im konkreten Fall? Es heißt, dass die östlichen Nachbarstaaten aus deutscher Sicht sich in einer Verhandlungslage befinden. Sie dürfen sich nicht rechtlich sicher fühlen. Genauso ist man dann auch bei verschiedenen Gelegenheiten auf diese Gesellschaften zu-, besser gesagt, losgegangen.

In der Auseinandersetzung, die in den letzten Jahren unter Führung der BdV-Präsidentin Steinbach aktualisiert worden ist, und in der es darum geht, die Umsiedlungen entsprechend dem Potsdamer Abkommen als „Unrecht“ zu markieren, hat die Rechte, die sich anlässlich der Gedächtnisveranstaltungen einem sehr erheblichen Druck ausgesetzt sieht und eine taktische Niederlage nach der anderen einsteckt, strategische Erfolge. maf

Münchner Sorgen

In München hat die Stadträtin der PDS die darin liegende Problematik erkannt und eine folgende Erklärung zur Abstimmung abgegeben:

Stadtratsresolution weist Nazi-propaganda nur unzulänglich zurück. Anlässlich der auch von ihr unterstützten Resolution der Stadtratsvollversammlung: „Solidarisches Nein aller demokratischen Kräfte gegen jede rechtsextreme Aktivität“ (Rathaus-Umschau vom 16.3.2005, S. 4) nimmt Stadträtin Brigitte Wolf Stellung:

1. Die vom Stadtrat beschlossene Resolution nützt den Protesten der Zivil-

Weizsäckers Unrecht

(...) Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.

Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine gängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.

Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber.

Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.

Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstrebenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.

Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann. (...)

gesellschaft gegen Naziaktivitäten. Eine solche Resolution ist besonders wichtig, weil die Politik des Freistaates, die Führung der Polizei und die Rechtsprechung ein solches Engagement bedrohen und entmutigen.

2. Inhaltlich spiegelt der Text den Stand der Auseinandersetzung mit der Nazi Herrschaft und der Strategie der neuen Nazis wieder. Er enthält – so wie der Diskussionsstand der Öffentlichkeit und die geäußerten Parteimeinungen – Brücken zur Ideologie der Nazis und bietet ihrer Strategie Anhaltspunkte. Exemplarisch genannt sei hier das „Unrecht der Vertreibung“.

3. Die Diskussion im Stadtrat hat gezeigt, dass der REP, dessen Verbindungen ins Nazimilieu notorisch sind, diese Doppeldeutigkeiten klar erkennt. Den ersten Abschnitt der Resolution, in dem diese Passagen enthalten sind, hat er unterstützt. Nur der Absage an die Demonstrationstätigkeit der NPD wollte er nicht zustimmen.

4. Die PDS hat versucht, im Vorfeld und in der Stadtratssitzung etwas zur Klarstellung zu erreichen: Durch ein Anschreiben an den federführenden OB in Sachen „Unrecht der Vertreibung“ und den Änderungsantrag* in der Vollversammlung.

Es hat sich gezeigt, dass hier stark verfestigte Meinungen vorliegen, die durch einen sachdienlichen Hinweis nicht in Bewegung kommen. (Wie es in der Rathauslobby hieß, soll die CSU auf dieser Formulierung bestanden haben.)

5. Zu Einleitung der Diskussion über die Beschlussfassung sagte der Oberbürgermeister, dass mit dieser Erklärung der Stadtrat sich nicht nur gegen diese eine Naziaktivität wenden wolle, sondern gegen alle in den nächsten Monaten, bis hin zur Bundestagswahl zu erwartenden neonazistischen Aktionen. In der Formulierung handle es sich um einen Kompromiss zwischen all denen, die den Antrag einbrachten (d.h. SPD, CSU, Grüne/RL, FDP und Oberbürgermeister).

Unter diesen Umständen muss man die Meinungen, die in diesem Dokument zum Ausdruck kommen, in ihrem konkreten Inhalt ernst nehmen. Es handelt sich um in breiten Kreisen konsensfähige politische Aussagen, bei denen es darauf ankommt, ob sie eine inhaltliche Abgrenzung zur Politik und Strategie der Nazis leisten.

Aus der Sicht der offenen Liste der PDS kommt es vor allem darauf an, den Stellenwert klar zu machen, den Begriffsblöcke wie „Unrecht der Vertreibung“, „die Leiden der deutschen Bevölkerung“, „die Bombardierung von Städten“ in der Strategiebildung der Nazis haben, denen es darauf ankommt, Ressentiments gegen die Anti-Hitler-Koalition zu schüren und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.

6. Bereits kurz nach der Beschlussfas-

Drei Resolutionen:

Berlin

8. Mai 1945: Befreiung von der Nazi-Diktatur! – 8. Mai 2005: Ein Tag für die Demokratie!

Am 8. Mai jährt sich das Kriegsende in Europa zum 60. Mal. Die alliierten Streitkräfte beendeten die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten. Nach sechs Jahren Krieg und über 60 Millionen Toten bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende der verbrecherischen Gewaltherrschaft Deutschlands über fast ganz Europa und das Ende des Massenmordes an den europäischen Juden. Auch die Verfolgung und die Ermordung von zahlreichen anderen Opfern endeten an diesem Tag.

Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat vor nunmehr 20 Jahren die richtigen Worte für diesen Tag gefunden:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Heute gedenken Demokratinnen und Demokraten des Kriegsendes vor 60 Jahren. Nur wenn wir die Erinnerung an das Leid der Kriegsjahre und an die Opfer der Gewaltherrschaft wach halten, bleibt uns bewusst, wie wichtig und zukunftsweisend Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für uns sind.

Für Millionen von Menschen war der 8. Mai ein Tag der Hoffnung und Zuversicht. Ihre Hoffnung ist aufgegangen in einem zusammenwachsenden, friedlichen Europa und einem demokratischen, vereinigten Deutschland. Für viele Menschen war mit dem 8. Mai das Leiden noch nicht beendet: Das Unrecht der Vertreibung und das Leid der Flüchtlinge waren Folgen des von

sung durch den Stadtrat erreichten uns kritische Stellungnahmen, (Bündnis gegen Naziaufmärsche, Thomas Z.) die zeigen, dass es einen aufmerksamen öffentlichen Diskussionszusammenhang gibt. Niemand sollte verkennen, dass solche „Stellen“ in Dokumenten der Stadt die extreme Rechte und auch die Nazis zum Weitermachen ermutigen, die sie in ihrem Sinne interpretieren.

7. Die Grünen/Rosa Liste haben „ein Bündnis gegen Rechts“ angeregt. Die Resolution des Stadtrates ist ein Schritt in diesem Sinne. Die inhaltlichen Schwächen ergeben sich unserer Auffassung nach aus der jahrelang verfochtenen Strategie des „Totschweigens“ und des „Nichtbeachtens“, die dazu führen sollte, faschistische Umtriebe bedeutungslos zu halten. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, nebenbei jedoch und ohne großen Aufwand ist Ahnungslosigkeit über die politische Strategie der Nazis und das Spiel mit den Gefüh-

Deutschland begonnenen Kriegen, und erst mit dem Fall der Mauer und der friedlichen Wiedervereinigung wurden Freiheit und Demokratie in ganz Deutschland Realität.

Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 schärft unseren Blick auf das Heute und ist Auftrag und Verpflichtung zugleich: Gedenken wir am 8. Mai gemeinsam aller Opfer und begehen wir diesen Tag gemeinsam mit denen, die Widerstand gegen das Naziregime geleistet haben, und denen, die uns als Alliierte von der NS-Diktatur befreit haben.

Der 8. Mai 1945 war der Ausgangspunkt dafür, aus alten Gegnern Partner und schließlich Freunde zu machen. Freiheit und Demokratie verbinden uns heute. Auch diese historische Versöhnung wollen wir gemeinsam würdigen.

Jenen, die die Geschichte umdeuten und die Opfer am Tag der Befreiung verhöhn wollen, setzen wir die Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte entgegen. Wir wollen in Deutschland nie wieder Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus zulassen. Wir werden an diesem Tag in der Mitte Berlins ein Zeichen der Stärke unserer Demokratie setzen. Und wir zeigen, dass es lohnt, an unserer freiheitlichen Gesellschaft weiterzubauen und sie damit zu stärken.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben mit dem Artikel 1 eine unmissverständliche Antwort auf die Barbarei der Nazis gegeben. Diese Antwort hat für uns Demokraten bis heute Gültigkeit:

„Das deutsche Volk bekennt sich darum zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“.

Wir laden dazu ein, den Jahrestag der

len der Menschen entstanden, die sich auch in den inhaltlichen Mängeln dieser Resolution ausdrückt.

8. Die offene Liste der PDS erarbeitet zur Zeit eine Publikation, die zeigen will, wie solche Doppeldeutigkeiten von der Nazi-Propaganda genutzt werden. Das ist schon deswegen unerlässlich, weil einiges ins (Stadtrats)haus steht: So hat die CSU beantragt, die Verbände der Heimatvertriebenen in die Gedenkveranstaltungen einzubeziehen, und die Leistungen der „Aufbaugeneration“ herauszustellen. Diese Anträge werden im April debattiert werden.

Brigitte Wolf, 18.3.2005

* Der Stadtrat möge beschließen: Die Resolution wird wie folgt geändert:

Die Formulierung „Auch wenn das von Deutschen erlittene Unrecht der Vertreibung“ wird ersetzt durch „Auch wenn die von Deutschen erlittene Vertreibung“.

(Begründung siehe www.pds-muenchen-stadtrat.de)

Befreiung von der NS-Diktatur mit einem Tag für die Demokratie zu begehen!
Erstunterzeichner/innen, Stand: 30. März 2005
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – Dr. Christian Staffa, Geschäftsführer; Bündnis 90/Die Grünen – Claudia Roth und Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzende; Bündnis für Demokratie und Toleranz – Wolfgang Arnold, Geschäftsführer; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.; Bundeszentrale für politische Bildung – Thomas Krüger, Präsident; Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) – Dr. Angela Merkel, Vorsitzende; Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) – Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender; Deutscher Caritasverband – Dr. Peter Neher, Präsident; Deutsche Bischofskonferenz – Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender; Deutscher Gewerkschaftsbund – Michael Sommer, Vorsitzender; Diakonisches Werk der EKD – Jürgen Gohde, Präsident; Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates; Freie Demokratische Partei (FDP) – Dr. Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender; Friedrich-Ebert-Stiftung – Anke Fuchs, Vorsitzende; Gesicht Zeigen! Aktion welt-offenes Deutschland e.V. – Uwe-Karsten Heye, 1. Vorsitzender; Heinrich Böll Stiftung – Ralf Fücks, Vorstand; Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Wilhelm Staudacher, Generalsekretär; Senat von Berlin – Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) – Franz Müntefering, Parteivorsitzender; Zentralrat der Juden in Deutschland – Dr. h. c. Paul Spiegel, Präsident

München:

Resolution des Stadtrats: Solidarisches Nein aller demokratischen Kräfte gegen jede rechtsextreme Aktivität

(16.3.2005) Mit der breiten Mehrheit der Stimmen von SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste, FDP, ÖDP, PDS, Stadtrat Dr. Baretti und Oberbürgermeister Christian Ude hat die Vollversammlung des Stadtrats in ihrer heutigen Sitzung folgende Resolution beschlossen:

„Die Landeshauptstadt München wird im Gedenkjahr 2005 – 60 Jahre nach

dem Kriegsende und der Befreiung der Konzentrationslager – aller Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs gedenken. Dabei müssen Ursache und Wirkung im historischen Zusammenhang gesehen und dargestellt werden. Auch wenn das von Deutschen erlittene Unrecht der Vertreibung und die Leiden der deutschen Bevölkerung unter den schrecklichen Auswirkungen des Krieges, vor allem der Bombardierung von Städten, selbstverständlich Themen des Gedenkens sind, darf es keine Verkehrung der historischen Ursächlichkeiten geben. Es muss stets deutlich bleiben, dass der Holocaust als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzigartig war und dass der Zweite Weltkrieg, der ganz Europa verwüstete, von deutschem Boden ausgegangen ist.

Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats ist bestürzt und empört über die Versuche der NPD und anderer rechtsextremer Kräfte, neuerlich im sächsischen Landtag, die Alliierten als Täter und das deutsche Volk pauschal als Opfer des Zweiten Weltkriegs hinzustellen. Auch eine Aufrechnung von Opfern ist unzulässig.

Der Münchner Stadtrat bekräftigt sein solidarisches Nein aller demokratischen Kräfte gegen jedwede rechtsextreme Aktivität. Neo-Nazis sind in dieser Stadt unerwünscht. Dem für Samstag, 2. April 2005, geplanten Aufmarsch neo-nazistischer Kameradschaften muss durch die demokratischen Kräfte dieser Stadt und die Bevölkerung abermals eine klare Absage erteilt werden. Der Stadtrat fordert deshalb dazu auf, an der Kundgebung des „Münchner Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ und vieler anderer teilzunehmen, die am 2. April um 10 Uhr auf dem Marienplatz veranstaltet wird.

Köln

Gemeinsame Erklärung anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln; SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat; FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln; PDS-Offene Liste-Gruppe im Rat der Stadt Köln; KBB-Gruppe im Rat der Stadt Köln

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ Anlässlich der im Rat der Stadt Köln stattfindenden Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Köln würdigen wir den 8. Mai als Tag der Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und Krieg. Wir schließen uns den Worten von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner historischen Rede am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag an:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Der vom deutschen Boden ausgehende Krieg wurde am 8. Mai 1945 beendet. Noch heute sind wir den Alliierten für die Befreiung von Außen zum Dank verpflichtet und begreifen sie auch als Aufgabe, sorgsam über unsere wieder erungene Demokratie zu wachen und sie zu schützen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt.

Köln, den 15. März 2005

Bisky kritiklos

Der Berliner Initiative hat sich der PDS-Vorsitzende angeschlossen, der auf Probleme, die er offenbar auch fühlt, mit einem Seitenhieb gegen Sektierertum reagiert:

„4.4.2005. Vorsitzender Lothar Bisky unterzeichnet für die PDS den Aufruf zum 8. Mai 2005

Der Vorsitzende Lothar Bisky hat heute für die Partei des Demokratischen Sozialismus den Aufruf „8. Mai 1945: Befreiung von der Nazi-Diktatur! 8. Mai 2005: Ein Tag für die Demokratie!“ unterzeichnet. Dazu erklärt Lothar Bisky:

Mit meiner Unterschrift habe ich heute für die Partei des Demokratischen Sozialismus den Aufruf „8. Mai 1945: Befreiung von der Nazi-Diktatur! 8. Mai 2005: Tag für die Demokratie!“ unterstützt. Die Mitglieder und Sympathisant/innen der PDS werden am 7. und 8. Mai in großer Zahl überall in der

Bundesrepublik, besonders aber am Brandenburger Tor in Berlin, des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus gedenken und zugleich ein deutliches Zeichen gegen alle Versuche von Rechtsextremisten und Neonazis setzen, Geschichte zu revidieren und die Opfer des Nationalsozialismus zu verhöhnern.

Die PDS gestaltet als Veranstalter des Film-Openair am 7. Mai am Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, wo zwischen 21.15 Uhr und 00.30 Uhr der Dokumentarfilm „Berlin“ von Raisman und der DEFA-Spielfilm „Ich war 19“ von Konrad Wolf gezeigt werden, den Tag für die Demokratie aktiv mit. Die Stärke der Demokratie, für die am 7. und 8. Mai in der Mitte Berlins ein Zeichen gesetzt werden wird, erweist sich dann als besonders dauerhaft, wenn sie in der Breite der Gesellschaft verankert ist. Je mehr Menschen und Organisationen deshalb den Aufruf zum 8. Mai 2005 unterschreiben, umso klarer das Signal

an alte und neue Nazis. Dabei ist der letzte Unterzeichner so wichtig wie der Erste.

Kleinlicher Parteienstreit darüber, wer der wahre Antifaschist oder der wirkliche Demokrat ist, hat immer nur denen genutzt, die Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus gepredigt und gewalttätig umgesetzt haben. Antifaschistisches Engagement kann von niemandem zugeteilt werden. Es ist Alltagsaufgabe und Verpflichtung aus unserer Geschichte. Deshalb habe ich den Aufruf unterschrieben und ich empfehle möglichst vielen, das auch zu tun.“

Quellen:

- 1 Weizsäcker: <http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlist/dok26>
- 2 Resolution München: <http://www.pds-muenchen-stadtrat.de>
- 3 Resolution Köln: Lokalberichte Köln
- 4 Berlin: www.eintagfuertiedemokratie.de
- 5 Erklärung Bisky: www.sozialisten.de

Reisebericht der Newroz-Delegation 2005

Am Sonntag, 20. März, dem Vortag des kurdischen Newroz-Fests, fuhr unsere 12-köpfige Reisegruppe in einem Kleinbus von Diyarbakir aus nach Sirnak. Ab Siirt wurde die Straße zur Rechten wie zur Linken von den Ruinen zerstörter Dörfer gesäumt. Die Zerstörung erfolgte allerdings schon vor ungefähr 10 Jahren. Seither stehen die Dörfer leer. In jüngster Zeit versucht die prokurdische Demokratische Volkspartei DEHAP, die Rücksiedlung von Flüchtlingsfamilien zu organisieren, was wegen der Verminderung und der Zerstörung der gesamten Infrastruktur in den betroffenen Gegenden äußerst schwierig ist. Ohnehin haben die ehemaligen Dorfbewohner ihr gesamtes Hab und Gut und insbesondere ihre Herden verloren und verfügen über keinerlei Mittel für einen Neuaufbau.

Auf der Strecke von Siirt nach Sirnak (ca. 150 km) gibt es nur noch ein von sogenannten Dorfschützern bewohntes Dorf mit Jendarma-Posten sowie die Kleinstadt Erüh. Selbst die einzige noch befahrbare Landstraße ist von Kettenpanzern derart kaputt gefahren, dass man kaum vorankommt. Vor Erüh gibt es eine große Jendarma-Kontrollstation, an der Panzer und andere Militärfahrzeuge stationiert sind, vorwiegend immer noch die berühmten 8-rädrigen BTR60-Panzer, die die Sowjetunion seinerzeit für den Afghanistankrieg entwickelt hatte und die der Türkei aus DDR-Beständen von der Bundesrepublik Deutschland geschenkt wurden.

Vor Sirnak, einer 15 km vor der irakischen Grenze gelegenen Stadt mit gut 50.000 Einwohnern, müssen wir mit Passierschein nach einer entsprechenden Kontrolle eine waffenstarrende Großgarnison der Armee durchfahren. Es gibt auf dieser Seite keinen anderen Zugang zu Sirnak als durch diese Garnison hindurch. Auf der anderen Seite, über der Stadt gelegen, befindet sich eine ähnlich große Garnison. Insgesamt, erfahren wir, sollen ca. 7.500 Soldaten in der Stadt stationiert sein.

In Sirnak wurden 1992 am Newroz-Tag die Feiernden mit einem äußerst brutalen Militäreinsatz unter Gebrauch von Maschinengewehren und Mörsergranaten auseinander getrieben. Es gab damals über 100 Tote. Drei Mitglieder unserer jetzigen Delegation hatten damals zwei Monate nach dem Massaker mit einer anderen Delegation die Stadt besucht, allerdings keine Genehmigung bekommen, den Bus zu verlassen und Gespräche zu führen. Der optische Eindruck zerschossener Fassaden hatte allerdings große Kommentare erübrigt. Weitere drei Monate später, im August 1992, war die Stadt dann aus der Luft und mit Panzern angegriffen und weitgehend zerstört worden. Gelegentlich dieses Angriffs hatten 15.000 Bewohner/innen die Stadt in einem Treck verlassen und sich auf die andere Seite der Grenze begeben, wo sie noch immer in dem Flüchtlingslager Maxmur leben. Anschließend wurden Dorfschützerfamilien in Sirnak angesiedelt, und über

die Stadt und die ganze zu ihr gehörende Provinz wurde eine Art Leichentuch gebreitet, indem 1993/94 nahezu alle Dörfer der Region zerstört wurden. Die Region blieb bis 2002 unter Ausnahmezustand. Erst 2003 fanden die ersten Kommunalwahlen statt, die die DEHAP auf Anhieb mit einem Ergebnis von über 60% der Stimmen gewann; seither stellt sie den allerdings weitgehend machtlosen Bürgermeister, wie übrigens auch in den übrigen Kreisstädten der Provinz Cizre, Uludere und Silopi.

Seit 1992 hatte keine öffentliche Newroz-Feier in Sirnak mehr stattfinden dürfen. In diesem Jahr war zum ersten Mal wieder eine Genehmigung erteilt worden. Obwohl die veranstaltende DEHAP auch den Provinzgouverneur eingeladen hatte, hatte dieser sich dafür entschieden, ein eigenes „Nevruz-Fest“ auf einem Platz vor einer der beiden Garnisonen zu organisieren. Hier zu erscheinen, waren alle Lehrer mitsamt ihren Schulklassen verpflichtet worden. Krankschreibungen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes sollten an diesem Montag nicht akzeptiert, sondern mit Disziplinarmaßnahmen verfolgt werden. Während das Newroz-Fest – in der Schreibweise mit dem in der Türkei verbotenen Buchstaben ‚W‘ – auf den Aufstand der Meder, einem Vorläufer-Volk der Kurden, gegen das assyrische Sklavenhalterreich zurückgeht und von allen indoeuropäischen Völkern des Mittleren Ostens (neben den Kurden von den Persern, Ar-

Brief an das Auswärtige Amt Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Zeit vom 19.–26.3.05 bereiste eine 12-köpfige Delegation unserer Organisation verschiedene kurdische Städte im Südosten der Türkei. Die Kurdistan-Hilfe e.V. unternimmt solche Reisen seit 1992 alljährlich, um sich vor Ort ein Bild über die Entwicklung der Menschenrechte und besonders die Einhaltung der Rechte der Kurdinnen und Kurden zu machen. In diesem Jahr, auch im Hinblick auf die bevorstehenden EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei, zusätzlich als Beobachtergruppe für den PDS-Bundesvorstand.

Über einen besonders eklatanten Zwischenfall möchten wir Sie hiermit in Kenntnis setzen und um eine Stellungnahme bitten. (...) Am 23.3. besuchte die Gruppe die Stadt Nusaybin, wo sie im dortigen Menschenrechtsverein erfuhr, dass wenige Tage zuvor, am

19.3., ein 13-jähriger Junge in einem in der Nähe gelegenen Dorf von sog. Dorfschützern ermordet worden sei. Vertreter des Menschenrechtsvereins sowie der in Nusaybin der Bürgermeister stellenden Demokratischen Volkspartei DEHAP wollten das Dorf bzw. die Familie des Getöteten besuchen, um ihr Beileid zu bekunden und sich das Geschehen von den Dorfbewohnern schildern zu lassen.

Nach Abbiegen von der Hauptstraße in Richtung Dorf richtete die Gendarmerie direkt vor unserem aus 5 Autos bestehenden Konvoi eine Sperre ein und ließ sich die Pässe der Deutschen zeigen. Nach Überprüfung wurde uns mitgeteilt, wir dürften nicht in dieses Gebiet, es sei für Ausländer nicht zugelassen. Wir verwiesen darauf, dass es u.W. keine Ausnahmezustandsgebiete in der Türkei mehr gebe und Reisefreiheit bestünde. Auch sei das Gebiet weder als militärisches Sperrgebiet gekennzeichnet, noch bestünde irgendeine erkenn-

bare akute Sicherheitsproblematik, zumal der Vorfall bereits 4 Tage zurücklag und sowohl Dorfbewohner als auch die Vertreter des Menschenrechtsvereins passieren durften. Der mittlerweile mit mehreren weiteren Gendarmerie-Offizieren herbeigeholte Kommandeur der Einheit erklärte, die Entscheidung sei von dem Kaymakam getroffen, wir sollten uns an diesen wenden. Er führe nur Befehle aus. Wir fuhren daraufhin zu dem Kaymakam nach Nusaybin, der dort der örtliche Stellvertreter des Gouverneurs (Vali) ist, der seinen Sitz in der Provinzhauptstadt Mardin hat. Der Kaymakam empfing die Delegationsleitung in Begleitung des bereits erwähnten Rechtsanwaltes Hüseyin Cangir. Obwohl er bestätigte, dass es keine Ausnahmegebiete gebe und auch keine rechtliche Grundlage für die Verweigerung der Weiterfahrt unserer Gruppe, sagte er, wir müssten die Genehmigung hierfür schriftlich beantragen. Formulare hierfür gebe es allerdings auch



meniern und Afghanen) als Tag der Befreiung gefeiert wird, behauptet die Türkei seit einigen Jahren, dass das Fest in Wirklichkeit ein urtürkisches, auf eine mongolische Tradition zurückgehendes Frühlingsfest sei und mit V und U geschrieben würde. Seitdem veranstaltet der türkische Staat trotz großem Aufwand nahezu völlig unbeachtet bleibende Feiern mit kirgisischen und turkmenischen Tanzgruppen, bei denen die Gouverneure und ihre Angestellten mit verkrampftem Grinsen in Anzug und Krawatte vor laufenden Fernsehkameras über symbolische Feuerchen hüpfen. Bei den Kurden hingegen entzündeten die Jugendlichen am Vorabend von Newroz riesige Feuer, früher – wie bei uns die Osterfeuer – genährt von weggeschnittenen Ästen und Zweigen, heute meistens von abgefahrenen Autoreifen. Zu einem solchen Feuer holten uns Jugendliche kurz nach unserer Ankunft im Hotel ab.

Die aus mehreren hundert Personen bestehende Menschenmenge tanzte sin-

gend und Parolen rufend um das gewaltige Feuer, durch das die Jugendlichen hindurchsprangen. Die Parolen ließen Abdullah Öcalan hochleben und forderten seine Freilassung, die Lieder und Tänze waren kurdisch mit starkem Bezug zum Widerstand.

Am nachfolgenden Morgen begann die eigentliche Veranstaltung auf einem großen, zentral gelegenen Platz direkt vor unserem Hotel. Die DEHAP hatte eine Bühne mit einer imposanten Verstärkeranlage aufgebaut, die die von oben von der Garnison herunterdröhnende türkische Militärmusik völlig in der Tonlosigkeit verschwinden ließ. Die Programmabfolge setzte sich aus einem mehrstündigen bunten Reigen kurdischer Volks-sängerinnen und -sänger sowie Rednerinnen und Rednern zusammen. Obwohl ringsum auf den Dächern Soldaten mit umgehängten Maschinenpistolen standen und das Geschehen mit Ferngläsern beobachteten, tanzte die versammelte und ständig anschwellende vieltausendköpfige Menschenmenge ebenso unverzagt wie mutig und beinahe fröhlich in Reihen und Kreisen ihre unverwechselbare Kultur heraus: in der Mitte die Frauen und jungen Mädchen in Festtagsgewändern, überwiegend mit feinen weißen Kopftüchern, behangen mit Troddeln in den verbotenen grün-gelben Farben oder sehr oft sogar mit den PKK-Sternchen im Kreis und selbstbe-

wusst geschwenkten Tüchern in denselben Farben. Dazu sah man überall zu den entsprechend ständig skandierten Parolen und Sprechchören hochgehaltene Fotos von Abdullah Öcalan und sogar die ERNK-Fahne, die fast ununterbrochen über der Menschenmenge wehte. Hochgehalten und herumgetragen wurden des weiteren riesengroße Symbole der neuen Idee von der Demokratischen Konföderation der Völker des Mittleren Ostens. Wie uns im Laufe unserer Reise hierzu überall und immer wieder erläutert wurde, bedeute dies den Wunsch der Kurden, mit ihren Nachbarvölkern, den Persern, Türken, Arabern, Armeniern und kleineren Minderheiten auf der Basis von Gleichberechtigung, Frieden, Freiheit und gegenseitigem Respekt ohne Grenzen zusammenleben zu wollen. Die Idee von Nationalstaaten, selbst wenn sie sich wie in der EU zusammenschlossen, könnten keine Lösungen für die Völker mehr bringen, sondern nur neue Kriege, Hass und Unterdrückung schaffen. Dem gegenüber stellten sie das Modell einer Konföderation der Völker, in der Grenzen nur in Form von Gebieten unterschiedlicher Sprachen bestehen sollten. Damit wurde auch ganz ausdrücklich eine Absage an das Konzept von Barsani erteilt, der in Nordirak einen kurdischen Kleinstaat von Gnaden der Amerikaner zu schaffen bemüht ist. „Wir wollen kein zweites Israel sein!“, hörten wir immer wieder voller Nachdruck.

Das Militär schritt an diesem Tag nicht ein. Dass es in den folgenden Tagen zu Verhaftungen der unvermummt Fahnen schwenkenden und Apo-Bilder hochhaltenden Jugendlichen gekommen sein dürfte, ist dort für die Menschen kaum der Erwähnung wert, da Verhaftungen und Folter nach wie vor

nicht. Wir sollten dies formlos tun. Er würde dann unser Anliegen an den Vali und die örtliche Gendarmerie-Kommandantur weiterleiten und uns Bescheid geben. Wann das sein würde, könne er uns allerdings nicht sagen.

Den Vorhalt des Anwaltes, dass man keine Genehmigung für die Wahrnehmung eines Grundrechtes beantragen müsse, sondern dass umgekehrt die Außerkraftsetzung desselben begründet werden müsse, verwirrte den Kaymakam sichtlich. Jedenfalls rief er in unserem Beisein die Gendarmerie-Kommandantur an und fragte, ob wir eine Verbotsvorstellung ausgestellt bekommen könnten. Angeblich wurde ihm dies zugesagt, woraufhin wir mit dem Anwalt in die Garnison der Gendarmerie von Nusaybin fuhren. Dort wurde nur dem Anwalt der Zutritt gewährt. Schriftlich bekam er jedoch nichts, sondern lediglich die mündliche Bestätigung, dass wir als Ausländer nicht in das fragliche Gebiet hineinfahren dürften.

Für uns hat sich diese Angelegenheit so dargestellt, dass in der Türkei nach wie vor das Militär völlig willkürliche Maßnahmen durchführen kann, die sich – wie in unserem Fall – auch gegen Ausländer richten. Um so stärker betroffen ist in anderen, weitaus gravierenderen Fällen die eigene, und hier besonders die kurdische Bevölkerung. Im Falle der 100.000 Einwohner zählenden Stadt Nusaybin, in der die DEHAP aus den Kommunalwahlen vor einem Jahr mit einem Stimmenanteil von über 60% siegreich hervorging, haben nach unserer Erfahrung weder die gewählten Volksvertreter noch die gesetzlichen Bestimmungen irgendeine Bedeutung. Entscheidungsträger sind die vom Innenministerium eingesetzten Gouverneure und ihre Vertreter (Vali und Kaymakam), die sich wiederum den unkommentierten Verfügungen der Gendarmerie unterzuordnen haben.

Dass unter diesen Umständen die Aufklärung und Ahndung von Verbre-

chen, die von staatlichen oder halbstaatlichen Tätern – z.B. Dorfschützern – begangen werden, nicht in einem dem europäischen Rechtsverständnis nahekommendem Maße möglich ist, liegt auf der Hand.

Wir fordern Sie auf, gegen diese rechtswidrige Behandlung unserer Delegation bei den türkischen Behörden zu protestieren und um eine Stellungnahme zu bitten. Des weiteren möchten wir auch um eine Stellungnahme Ihrerseits bitten, wie Sie diesen exemplarischen Vorfall im Zusammenhang mit der projektierten EU-Mitgliedschaft der Türkei sehen und bewerten. (...)

Robert Jarowoy

namens der übrigen Delegationsteilnehmer/innen: Christian Arndt, Brigitte Reiss, Dietmar Kurzeja, Verena Brachvogel, Reinhold Nawroth, Sabine Caspar, Wilhelm Engels, Maria Garweg, Antje Steinberg, Erkan Kurukavak, Beate Reiß

Aus Platzgründen leicht gekürzt – Red.

zu ihrem Alltag gehören. Beeindruckt hat dabei allerdings nicht nur uns, sondern ganz offensichtlich auch das türkische Militär, mit welchem Mut und welcher Verachtung die Menschen unbewaffnet der militärischen Allmacht gegenüberreten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch ein in der Anlage geschildertes Vorkommnis in Nusaybin, wo das Militär unserer Delegation den Zutritt zu dem Dorf eines Ermordeten verwehrte und wir dagegen protestierend zusammen mit einem kurdischen Anwalt zu dem Kaymakam gingen. Kaymakams sind die örtlichen Vertreter des jeweiligen Valis, der vom Nationalen Sicherheitsrat eingesetzten Gouverneure. So ein Kaymakam residiert in einem mächtigen Beton-Palais mit Vorzimmern und einer pompösen, Ehrfurcht gebietenden Ausstattung von schweren Ledersesseln vor einem mächtigen polierten Schreibtisch in einem holzgetäfelten Raum voller Atatürk-Bildnisse und Statuen mit einer Batterie von Telefonen und Plastik-Blumengebinden. Normalerweise erzittert jeder, der vor so einen Kaymakam geführt wird. Unser schwächlicher kurdischer Anwalt hingegen stürmt vor uns her in sein Allerheiligstes und macht ihn regelrecht zur Sau, was er sich eigentlich einbilde, uns ohne jede Rechtsgrundlage das Grundrecht auf Reisefreiheit zu verwehren, woraufhin der Kaymakam, nervös eine

Zigarette nach der anderen rauchend, die Jendarma anruft und höflich nachfragt, ob er nicht eine Verbotsvorgabe bekommen könne.

Solche Eindrücke dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass so ein Kaymakam auch die mehr oder weniger willkürliche Ermordung von Zivilisten veranlassen kann und dafür statt gerichtlicher Ahndung mit Beförderung zum Vali rechnen kann. So geschehen im November 2004 in Kiziltepe, einer 150.000-Einwohner-Stadt, Nusaybin benachbart, gleichfalls in der Provinz Mardin an der syrischen Grenze gelegen. Wir besuchen die Witwe und lassen uns von dem Bruder berichten, wie der LKW-Fahrer zusammen mit seinem 12-jährigen Sohn direkt vor seinem Haus von zivilgekleideten Polizisten mit Polizeiwesten erschossen wurde. Ein Fall, zu dem der Menschenrechtsverein dicke Dossiers veröffentlicht hat und über den sogar die staatstragenden türkischen Parteien ihre Betroffenheit äußerten, nicht aber die Sicherheitskräfte, die den zuständigen Kaymakam zum vorerst stellvertretenden Provinzgouverneur beförderten. Das ist auch Alltag. Wie die oben erwähnte Ermordung des 13-jährigen Hirtenjungen durch Dorfschützer, die auch ungeahndet bleiben wird.

Aber all diese Fälle können nicht verhindern, dass inzwischen ganz offen in den Büros und Versammlungsräumen

der Kurden Plakate mit Bildern Abdullah Öcalans und prominenter gefallener PKK-Kämpfer sowie ermordeter demokratischer Widerständler aushängen. Und immer wieder die Forderung nach der demokratischen Konföderation, die Möglichkeit zur Rückkehr in die zerstörten Dörfer und die Freilassung Abdullah Öcalans. Aber auch die Besorgnis und Warnung vor dem erneuten Ausbrechen eines offenen Krieges, wenn die Türkei sich nicht endlich in Bezug auf die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes bewege. Interessant ist dabei die Beobachtung, dass sogar in allen öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten wie Restaurants, Cafés, Hotels oder dgl. die Fernseher laufen und unablässig das Programm des von Brüssel ausgestrahlten TV-Senders Roj zu sehen ist, in dem Diskussionsrunden mit über Satellit zugeschalteten Kommandanten der Volksverteidigungskräfte HPG (ehemals ARGK) über diese Fragen meistens auf kurdisch diskutieren. Das ist schon sonderbar, denn gleichzeitig ist die kurdische Sprache im öffentlichen Gebrauch weiterhin verboten und darf im schulischen Bereich nur in Privatschulen im Zusatzunterricht in gleicher Weise wie „andere Fremdsprachen“ gelehrt werden. Dabei werden die Lehrpläne und Schulbücher vom Kultusminister kontrolliert, der dies kann, weil er selber ein Kurde ist, es aber leugnet.

Ein Blick von innen auf die algerische Gesellschaft

Yasmina Khadras Krimis im Algier der neunziger Jahre

„Morituri“, „Doppelweiß“ und „Herbst der Chimären“ sind die Titel einer Krimi-Trilogie, die in Algerien nach 1991 angesiedelt sind (siehe Kasten zu den Geschichts-Daten). Protagonist ist Kommissar Brahim Llob¹. Stößt man sich nicht an dem derben Einstieg auf den ersten Seiten von Morituri, nimmt einen die Geschichte um die Aufklärung einer Mordserie an Intellektuellen schnell gefangen. Der Beschreibung von durchgeschnittenen Kehlen oder zerstückelten Leichen merkt man das Bedürfnis des Autors an, Realitäten aus einem Land zu schildern, über dessen Kriegszustand man in etwa so viel Entsetzen hat, wie man wenig drüber weiß, geschweige denn Verstehen und Erklärung dafür findet. Die ersten und billigsten Hinweise führen auf Täter aus dem sogenannten Islamistenmilieu (quasi die „üblichen Verdächtigen“), aber Llobs Hang zur Erfüllung seiner eigenen moralischen Ansprüche führt ihn schnell in Finanz-, Wirtschafts- und

Politkreise. Llob setzt sich zwischen alle Sessel: aus dieser Konstellation gewinnt der Krimi sein rasantes Tempo. Dabei wird offensichtlich, dass nicht nur der spannende Krimi, sondern vor allem die aufschlussreiche Innenansicht des Alltags im Algerien der neunziger Jahre fesselt.

Diese Spannung bleibt auch in „Doppelweiß“ erhalten; eine ähnliche Mordserie, kriminelle Machenschaften der „höchsten Kreise“, ein hartnäckiges, zum Teil auch recht skurriles Team um

Kommissar Llob kulminieren am Ende in eine gewisse Genugtuung über eine unter anderen Umständen sicherlich zweifelhafte Abrechnung.

Im dritten Band „Herbst der Chimären“ schlägt das System zurück: Llob hatte einige besonders widerliche Kriegsgewinnler zur Verantwortung ziehen können. Seiner persönlichen Bedrohung folgt die Ermordung von Menschen aus seinem Lebensumfeld. Llob zieht sich aufs Land zurück. Auch hier lernt man ungeheuerlich viel über die

Geschichts-Eckdaten:

1830 französische Truppen besetzen Algier, Oran und Bone

bis 1906 war auch die algerische Sahara von den Franzosen unterworfen

1945 werden Zehntausende Algerier von der französischen Armee massakriert (Setif und Guelma)

November 1954 Beginn des Unabhängigkeitskrieges (Algerienkrieg) gegen Frankreich

1962 Vertrag von Evian: Unabhängigkeit Algeriens

1988 schwere soziale Unruhen

1989 neue demokratische Verfassung (v.a. Trennung von Partei, FLN, Staat)

1990 überlegener Wahlsieg der FIS bei den Kommunalwahlen

1991 erste freie Parlaments-Wahlen mit hohem Stimmenanteil der FIS

1992 Putsch des Militärs und Beginn der Terrorakte

Am **8. April 2004** fand eine erneute Präsidentenwahl statt. Da das Militär diesmal Neutralität zugesichert hatte, galt die Wahl als freieste seit der Unabhängigkeit Algeriens 1962. Abd al-Asis Bouteflika, der 1999 mit Rückendeckung des Militärs gewählt worden war, erhielt bereits im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl 83 Prozent der Stimmen. Bouteflika ist der erste Präsident Algeriens, der ein zweites Mandat erhält.

Quelle: Wikipedia und Nachwort in „Doppelweiß“

Die Lämmer des Herrn

In dem später erschienenen Roman (mit Fußzeile: Die Lämmer des Herrn. Original 1998 bei den Editions Julliard, Paris. In Deutsch 2004 beim Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin) nimmt sich Khadra die Zeit des Umbruchs Anfang der neunziger Jahre aus der Perspektive eines kleinen Dorfes in Algerien vor: Die 1989 legalisierte islamische FIS (Front Islamique du Salut) hatte bei den Parlamentswahlen 1991 enorme Stimmengewinne bei den Kommunalwahlen erzielt und dies als Aufforderung zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Einführung des islamischen Rechts und zur Errichtung eines islamischen Gottesstaats interpretiert: Die Vertreter der alten Staatsmacht, Ungläubige und Kollaborateure mit dem alten Regime wurden zum Feind erklärt

und dementsprechend verfolgt, bedroht, gedemütigt und umgebracht. 1992 wurde die FIS durch die algerische Regierung verboten und hat vom Untergrund aus weiter operiert. In den „Lämmern des Herrn“ positioniert sich Khadra deutlich gegen die FIS und ihre örtlichen Vertreter: „Die Religion hat gar nichts damit zu tun. Alles nur Ablenkungsmanöver, von Anfang an. Das Problem liegt ganz woanders. Man hat das Volk genommen und es zerteilt, einfach so, einmal quer durch. Den einen hat man gesagt: Hier habt ihr die taghout (wörtlich: Diktator. Wird von den Islamisten für alle Angestellten der Regierung verwendet, bis hin zu den kleinsten Polizisten), den anderen: Da sind die Terroristen. Dann hat man sich zurückgelehnt, um zuzusehen, wie sie einander zerfleischen. ... Um freie Hand zu haben. Es geht um großes

Geld, fabelhafte Reichtümer, Investitionen ...“, lässt Khadra einen etwas abseits wohnenden Schreiber des Dorfes ausführen. Ganz offen nennt Khadra die agierenden FIS-Soldaten eine „Bande“, charakterlich führt er sie als Hitzköpfe mit eigennützigen Absichten vor, die sich die Perspektivlosen als Anhängerschaft ziehen. Nutznießer ist bei Khadra der Spitzel, der sie alle überlebt und völlig losgelöst von jeglicher Ethik nur sich selbst als Freund hat. Khadra lässt allen Figuren seines Romans eine Genesis, die Hinweise auf Erklärungen in erlittenen Kränkungen, Ausbeutung und Unterdrückung liefert. Aber er hat keine gute Meinung von der Art der „Befreiung“, wie sie seine Landsleute praktizieren können: „Wir sind eine Nation, die nur auf Knüppelhiebe reagiert. Nur ein Tritt in den Arsch bringt Bewegung in uns.“

Lebensumstände in Algerien: ganz krass der Unterschied zwischen dem Land und der ambivalenten Stadt. Es ist absehbar, dass Llob wieder eingreift – das Ende hinterlässt den Leser rat- und leider auch trostlos, wenn auch auf höherem Niveau an Kenntnis der Beziehungen und Verhältnisse in der algerischen Gesellschaft.

Die Krimis schildern im Grunde genommen die Ausweg- und Perspektivlosigkeit. Und dennoch bieten sie viele Anhaltspunkte, sich ein Bild zu machen und eine Idee zu bekommen, was sich eigentlich abspielt in diesem Land, dessen Geschichte nicht erst mit der Kolonisation durch die Franzosen angefangen hat und auch nicht aller spätere Unbill mit diesem Teil der Geschichte begründet werden kann. Auch kann er nicht für eine eindimensionale Politik vereinnahmt werden, als Moslem verkörpert er einen Islam gegen die Islamisten; er holt die religiös daherkommenden Theorien auf den Boden reeller Interessen und bringt viele Aspekte, die die Verknüpfung von Geld, Macht, Einfluss, Reichtum mit Armut, Perspektivlosigkeit und Heilsversprechen aufzeigt.

Der Autor² war selbst aktives Teil eines der direkt beteiligten Systeme: Er war Offizier der algerischen Armee und sagt von sich selbst: „Ich versuche immer zu verstehen, was ich getan habe. Warum ich gekämpft habe, warum ich mich dagegen aufgelehnt und diesen Krieg nicht akzeptiert habe. Ich gehörte zu den Truppen, die den Krieg gegen die Islamisten führten.

... Ich hatte furchtbare Alpträume. Jeden Tag habe ich Freunde verloren, ich



war traumatisiert von Szenen, die ich erlebt hatte: Massaker, zerstückelte Kinder. Trotzdem bin ich Soldat geblieben, denn man musste kämpfen. Wenn ein Kind getötet wird, kann der Erwachsene nicht sagen, er hat Angst, oder er ist entsetzt. Er muss zuerst das Kind beschützen. Erst wenn die Bedrohung vorüber ist, darf man weinen. Aber in diesem Augenblick war Krieg,

und dieser Krieg musste geführt werden.“ *evd*

Anmerkungen

- 1 „Meine Absicht war, eine Person zu entwerfen, die sehr nah am Durchschnittsalgerier ist. Und da ist der Commissaire Llob extrem repräsentativ. Er gibt sich alle Mühe, ein aufrechter Mann zu sein, aber er ist auch ein Macho; und manchmal missbraucht er seine Überlegenheit, etwa bei seinem Untergebenen, den er immer niedermacht. Er hat Angst vor seinen Vorgesetzten, weil alle Algerier die haben. Vorgesetzter sein ist keine Frage von Kompetenz, sondern eine Frage von Bedrohlichkeit. Wer droht, wird gefürchtet. Das ist alles,“ so der Autor [Zitat aus ZEIT-Interview vom Oktober 1992]
- 2 Der 1956 geborene Ex-Offizier der algerischen Armee Mohammed Moullessehouli ist 2001 nach Frankreich ins Exil gegangen und schreibt seit dem Erscheinen seines neunten Buches „Morituri“ 1997 unter dem Pseudonym Yasmina Khadra. Dies sind die beiden Vornamen seiner Frau. Khadra: „Ich habe ein Pseudonym benutzen müssen, nicht weil ich Angst vor den Fundamentalisten hatte. Ich habe ja unter meinem richtigen Namen angefangen zu schreiben. Langsam wurde ich auch in Algerien bekannt. Aber dann bekam ich in Frankreich einen kleinen Literaturpreis, und meine Vorgesetzten beim Militär wurden auf mich aufmerksam. Ich wurde beobachtet und hatte mit der Zensur zu kämpfen. Da wurde das Pseudonym nötig. Interessanter Weise habe ich bemerkt, dass ich

dann besser schreiben konnte, weil ich heimlich arbeiten musste. Ein Schriftsteller schöpft aus der Kraft der inneren Freiheit. Ich möchte betonen, dass ich notgedrungen Soldat wurde. Mit neun Jahren wurde ich von meinem Vater auf die Militärakademie geschickt. In diesem Alter wusste ich nicht, was ich mit meinem Leben anfangen sollte. Also habe ich mein Militärdasein hingenommen. Gehorsam gehörte zu meiner strengen Erziehung. Parallel dazu gab es so etwas wie den Schatten eines Schriftstellers, der mich weiter trieb. Ein wohlthuender Schatten, der mit mir sprach und mir Mut gab. Er hat mich dazu gebracht, Bücher zu lesen, und das Leben, das mir als Kind gestohlen worden war, doch irgendwie nachzuholen. Deshalb wurde ich Schriftsteller: Ich wollte zurückgeben, was mir die Literatur gegeben hatte. Literatur ist für mich Großzügigkeit, Barmherzigkeit, egal ob man Christ oder Moslem ist...“ [Deutschlandfunk 2.7.2003 Büchermarkt]

Weitere Romane:

„Die Schwalben von Kabul“ (erschieden im März 2003 an in der FAZ als Vorabdruck): Khadra verlässt Algerien und versucht sich an einer Beschreibung der Innenwirkung der Herrschaft der Taliban in Afghanistan.

„Wovon die Wölfe träumen“ (in Deutsch 2002 erschienen) verfolgt die langsam wachsende, leider absehbare Abhängigkeit eines jungen Algeriers von menschen- und selbstverachtenden Vorstellungen über den Gang der Dinge und seine Rolle in der konkreten Geschichte.

Angaben zu den Büchern:

Morituri

Taschenbuch, UT metro 209
ISBN 3-293-20209-8 (2001)

Doppelweiß

Taschenbuch, UT metro 224
ISBN 3-293-20224-1 (2002)

Herbst der Chimären

Taschenbuch, UT metro 240
ISBN 3-293-20240-3 (2002)

Die Lämmer des Herrn

Aufbau Taschenbuch Verlag
ISBN 3-7466-1187-3

Wovon die Wölfe träumen

Aufbau Taschenbuch Verlag
ISBN 3-7466-1978-5

Die Schwalben von Kabul

Aufbau Taschenbuch Verlag
ISBN 3-7466-2087-2

9./10. April. Berlin. *Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen.* Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

23. April. Erfurt. *Gewerkschaftstag der GEW.*

23./24. April. Köln. *Kommunalpolitische Konferenz der PDS.* (ausführliche Beschreibung: s. Pol. Berichte 4/2005). Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030/24009 363, Fax 030/24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jeder/jede angemeldete Konferenzteilnehmer/-in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt. Unter anderem wird ausführlich über die kommunalpolitischen Leitlinien diskutiert werden. Der aktuelle Entwurf findet sich unter: http://sozialisten.de/politik/kommunal/entwurf_leitlinien/index.htm

28. April bis 16. Mai. New York. *UN-Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages und „Völkergipfel für die nukleare Abrüstung“ mit Demonstration am 1. Mai.* Dazu gibt es vom 1. bis 14. Mai 2005 eine bundesweite Veranstaltungsreihe mit dem Märchenerzähler Hansjörg Ostermayer (Tübingen). Nähere Infos:

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

8. Mai, Berlin und anderswo. *60. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerfaschismus.* Verschiedenste Gedenkveranstaltungen.

25. bis 29. Mai. Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

17./18. Juni. *Strategiekonferenz der PDS.* Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. *Bundesweites Sozialforum.* In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

5. und 6. August. Weltweit. *60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.* Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

3. Oktober. Bonn. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.*

9. Oktober. Hannover. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.*

28./29. Oktober. Rüsselsheim. *10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS*

14. November. Karlsruhe. *SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)*

5. Dezember. Karlsruhe. *CDU-Bundesparteitag.*

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik



Tobias Ebbrecht: Die große Zerstreuung: Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen

Florian Weis: „Germans may have to face the choice between migration and massacre“ – Die britische Haltung zum Münchner Abkommen, zu Grenzziehung und Umsiedlung

Jana Mikota: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

Velten Schäfer: Von der „Volksgeschichte“ zum „Spatial Turn“ – Umrisse des NS-Tabus in der (west)deutschen Historikerschaft nach 1945

Florian Beck: Realpolitik und Hybris

Steffen Bockhahn: Die Beneš-Dekrete im Jahr 2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in die EU?

Jörg Kronauer: Die Revision der Nachkriegsordnung in den Strategien des deutschen Revanchismus

Juliane Gilles: Die Wertung des „Münchner Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

Bestelladresse:

**GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg**

Tel.: 040 – 43 18 88 20

Fax: 040 – 43 18 88 21

**eMail:
gnn-hhsh@hansenet.de**

**Preis 8 Euro
zzgl. Versandkosten**

ISBN 3-938372-01-X

Vorträge bei der historischen Fachtagung des Kurt Eisner Vereins für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, 7.5. bis 9.5.2004 im EineWeltHaus in München. Herausgegeben von der DTN-Redaktion, verantwortlich Renate Hennecke, und der Vorbereitungsgruppe der Tagung, verantwortlich Cornelia Fiedler.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	Frühj.	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de